

**AKTUELL**

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	27

**VERBÄNDE**



DNR intern	29
Aus den Verbänden	29
Preise & Ausschreibungen	30

**SERVICE**

Termine	32
Impressum	32

**ökopädNEWS**

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Bonner Erklärung 2014	

**THEMEN DES MONATS**

Ressourcenpolitik

## Zeit, alte Zöpfe abzuschneiden

**Eine Reform des Bergrechts ist längst überfällig**  
Seite 2

Umweltbewegung

## Wer hat die Deutungshoheit?

**Wettbewerber machen den Umweltverbänden die Meinungsführerschaft streitig**  
Seite 4

Abfallpolitik

## Viel Lärm um die Tonne

**Der Zuständigkeitsstreit über die Wertstoffeffassung ist nicht zielführend für ein neues Wertstoffgesetz**  
Seite 6

Interview Naturschutzpolitik

## „Herausforderung Wachstumsdebatte“

**Minimaler Ressourcenverbrauch, Nullwachstum und friedliches Miteinander – die Vision einer glücklichen Gesellschaft**  
Seite 19

## Ressourcenpolitik

# Zeit, alte Zöpfe abzuschneiden

Eine Reform des deutschen Bergrechts ist längst überfällig

**Die Bundesregierung will bis 2020 den deutschen CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 40 Prozent senken und die Rohstoffproduktivität im Vergleich zu 1994 verdoppeln – diese Vorgaben sind schön, nur glaubwürdig sind sie nicht. Zu viele Gesetzestexte manifestieren ein umweltfeindliches Wachstumsdogma, ohne auch nur ansatzweise den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Ein Beispiel: das Bundesberggesetz. ■ VON DANIEL HISS, Deutscher Naturschutzring**

Von wegen rohstoffarmes Land! Rund drei Viertel der in Deutschland benötigten mineralischen Rohstoffe kommen aus heimischen Lagerstätten. Bei Braunkohle, Stein- und Kalisalz, Kalkstein, Gips und Schwefel ist Deutschland Selbstversorger. Fakt ist also: Der Gewinnung von Bodenschätzen kommt in Deutschland eine große wirtschaftliche Bedeutung zu. Jährlich trägt sie rund 20 Milliarden Euro zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Den Rechtsrahmen für die Aufsuchung und den Abbau von Rohstoffen setzt in Deutschland das Bundesberggesetz (BBergG), das der Rohstoffgewinnung einen besonderen Vorrang vor allen anderen Interessen einräumt. Insbesondere Umwelt-, Natur- und Ressourcenschutz sowie individuelle Grundrechte finden im BBergG nur wenig Beachtung. Zeitgemäß ist das nicht. Angesichts immer knapper werdender Rohstoffvorkommen und ehrgeizigen Zielen in der Klima- und Energiepolitik ist ein derartiges Gesetz nicht mehr vertretbar. Eine effektive und schonende Nutzung begrenzter Ressourcen ist elementarer Bestandteil und wichtiges Anliegen der – gerade in der Politiksprache oft bemühten – Nachhaltigkeit. Ein modernes Bergrecht für das 21. Jahrhundert muss daher Ressourcenschutz stärker integrieren und den Vorrang des Rohstoffabbaus vor allen anderen Interessen beenden.

## Alt, nicht bewährt

Sicher, die Widerstände gegen eine umfassende Bergrechtsreform sind immens und die Bemühungen der regierenden Parteien entsprechend dürftig

beziehungsweise gar nicht vorhanden. Insbesondere Industrie, Energie- und Rohstoffwirtschaft wissen um die große Reichweite und Bedeutung des BBergG und sind vor jeglichen Reformideen auf der Hut. Wer gibt schon gerne seine historisch gewachsenen und über Jahrzehnte gepflegten Privilegien her?

„Das Bergrecht hat sich in seiner bisherigen Struktur bewährt“, urteilen die Nutznießer. Außerdem sei es auch gar nicht derart veraltet, wie die Umweltverbände behaupten. Richtig ist, dass der Bundestag das BBergG 1980 beschlossen hat. Mit Inkrafttreten 1982 löste es das bis dahin gültige Mischwerk aus mindestens 99 meist landesrechtlichen Regelungen ab, die in unterschiedlichen Abwandlungen auf dem Allgemeinen Bergrecht der preußischen Staaten von 1865 beruhen. Der große, innovative Wurf ist das BBergG trotzdem nicht. Statt ein modernes Planungsrecht zu schaffen, das auf Planfeststellungsverfahren und Interessenausgleich beruht, haben die Verfasserinnen und Verfasser des Gesetzes vielmehr das alte preußische Bergrecht, das unter dem NS-Regime erlassene Gesetz zur Erschließung von Erdöl- und anderen Bodenschätzen sowie die Verordnung über die Aufsuchung und Gewinnung mineralischer Bodenschätze aufgewärmt und in neue Form gegossen.

Die letzten bedeutsamen Änderungen des BBergG datieren aus dem Jahr 1990. Im Rahmen der Umsetzung der europäischen UVP-Richtlinie wurde das BBergG um eine Rahmenbetriebsplanzulassung mit verpflichtender Umweltverträglichkeitsprüfung erweitert. Diese ist aber nur bei bestimmten Aufsuchungs- und Fördervorhaben erforderlich.

Paragraf 1 des BBergG macht deutlich, was Sinn und Zweck des Gesetzes ist: Es soll die Sicherung der Rohstoffversorgung fördern, Arbeitssicherheit gewährleisten und den Umgang mit Bergbauschäden regeln. Der schonende Umgang mit Umwelt und natürlichen Ressourcen wiederum ist kein vorrangiges Ziel des Bergrechts. Die sogenannte Rohstoffsicherungsklausel des Paragrafen 48 BBergG manifestiert diesen Gesetzeszweck vollends: „Bei Anwendung dieser Vorschriften [Verbotsvorschriften außerhalb des BBergG, Anm. des Autors] ist dafür Sorge zu tragen, dass die Aufsuchung und Gewinnung so wenig wie möglich beeinträchtigt werden.“ Als Teil des Wirtschaftsverwaltungsrechts dient das BBergG also vor allem dazu, den Ressourcen hunger in Deutschland zu stillen. Ohne erhebliche Folgen für die Umwelt geht das nicht.

## Wirtschaftsrecht mit Umweltwirkung

Der Abbau von Bodenressourcen ist nicht nur ein Eingriff in das Boden- und Gesteinsgefüge, sondern führt auch zur Zerstörung gewachsener Kulturlandschaften und zum teils dauerhaften Verlust natürlicher Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Aber auch für die Menschen ist der Bergbau mit drastischen Konsequenzen verbunden. Allein den großen Braunkohleletagebauten mussten seit 1945 in Deutschland über 300 Ortschaften und Hunderttausende Menschen weichen. Insgesamt wurden und werden durch Bergbaumaßnahmen Natur und Landschaften in einer Größenordnung von rund 100.000 Hektar abgegraben und irreversibel umgestaltet, Wälder gerodet, Erhebungen abgetragen,

Grundwasserverhältnisse dauerhaft verändert, Flüsse verlegt, Felder und andere Flächen umgegraben.

Wie nachhaltig und gravierend die Eingriffe in Natur und Umwelt etwa durch den Abbau von Braunkohle sind, verdeutlicht das Beispiel des Tagebaus Hambach in Nordrhein-Westfalen: Der ursprünglich 5.500 Hektar große Hambacher Forst musste weitgehend dem Braunkohletagebau weichen und die Erweiterung des Tagebaus ist bereits genehmigt. Am Ende sollen 300 Hektar Wald übrig bleiben – ein Verlust, der durch die rekultivierten Außenkippen des Tagebaus nicht ausgeglichen werden kann. Schließlich galt der Forst mit rund 142 geschützten Arten als ökologisch besonders wertvoll.

### Ressourcenschutz ernst nehmen

Angesichts derartiger Zahlen und Beispiele wirkt es unglaublich, wenn Industrieverbände, Gewerkschaften und Teile der Politik den Schutz von Umwelt und Betroffenen im BBergG als ausreichend bezeichnen. Umweltverträglichkeitsprüfung und Ausgleichsmaßnahmen sind im bergrechtlichen Rahmen keine wirksamen Umweltschutzinstrumente, zumal den zuständigen Bergämtern bei der Zulassungsentscheidung kein fachplanerischer Ermessensspielraum bleibt: Wenn keine ausreichenden Versagungsgründe vorliegen, müssen Aufsuchungserlaubnis und Abbaubewilligung erteilt werden.

Nicht nur hier besteht großer Handlungsbedarf. Eine Reform des BBergG muss besonderes Augenmerk auf transparente Bewilligungsverfahren legen, die auf einer Gesamtabwägung unterschiedlicher Interessen basieren, umfassende und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gewährleisten und nicht zuletzt den Umwelt- und Ressourcenschutz fest im Gesetzestext verankern. Auch das Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess) der Bundesregierung, um das es zwei Jahre nach seiner Veröffentlichung sehr still geworden ist, enthält eine entsprechende Aufforderung. Handlungsansatz 18 des Programms will „Ressourceneffizienz bei der Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens auf nationaler Ebene

berücksichtigen“. Meint es die Regierung mit ihren Zielvorgaben ernst, darf sie vor dem BBergG nicht haltmachen.

Ein modernes Bergrecht muss daher den Vorrang des Abbaus von Ressourcen vor anderen Interessen beenden und die Zulassung neuer Aufsuchungs- und Abbauvorhaben an den Nachweis des volkswirtschaftlichen Bedarfs eines jeweiligen Rohstoffes knüpfen. Ein derartiger Bedarfsnachweis muss höchsten Anforderungen genügen. Insbesondere Ressourceneffizienzvorgaben sowie klima- und energiepolitische Ziele müssen in die Bedarfsanalyse einfließen. Schnell würde die fehlende Notwendigkeit zahlreicher Vorhaben wie beispielsweise dem Braunkohletagebau Welzow Süd II deutlich: Schon jetzt liefert das Abbaugbiet einen deutlichen Überschuss an Strom aus erneuerbaren Energien, Braunkohle ist für die langfristige Energiesicherheit in Brandenburg also nicht erforderlich. Die Abbaupläne konterkarieren aber auch die brandenburgischen Klimaziele. Bis zum Jahr 2030 soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß aus der Energieproduktion um 72 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 sinken – das geht nur ohne Kohlestrom. Gleiches gilt auch für die umstrittene Frackingtechnologie. Angesichts der Energiewende ist das Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten in Deutschland entbehrlich.

### Den Widerständen trotzen

Auch das Bundesverfassungsgericht hat die erheblichen Defizite des gültigen Bergrechts in seinem Garzweiler-Urteil vom 17. Dezember 2013 erkannt. Allein durch die richterrechtliche Rechtsfortbildung wahrt das BBergG seinen verfassungskonformen Schein. Ein modernes Bergrecht entsteht dadurch nicht – vielmehr wird es so selbst für Fachjuristen zu einer unübersichtlichen Materie. Auch in Anbetracht des Gebots der Rechtsklarheit ist eine Novellierung des BBergG daher unausweichlich. Eine moderne Vorhabengenehmigung in Anlehnung an das Fachplanungsrecht und auf Grundlage einer umfassenden Gesamtabwägung, die Berücksichtigung der Interessen von Grundstückseigentümern, Umweltschutz, Ressourcenschutz, Öffent-

lichkeitsbeteiligung sowie Klagemöglichkeiten für anerkannte Natur- und Umweltschutzverbände müssen Bestandteil des Bergrechts werden. Diese Mindestanforderungen werden somit zum Maßstab für das heutige und künftige BBergG.

Angesichts der derzeitigen politischen Machtverteilung scheint es allerdings mehr als unwahrscheinlich, dass sich die Regierung tatsächlich an diese wirtschaftspolitisch heilige Kuh wagt und eine umfassende Bergrechtsreform anstößt. Sicher, im Koalitionsvertrag haben sich CDU, CSU und SPD auf eine Überarbeitung des BBergG in Bezug auf das Wasserhaushaltsgesetz verständigt. Zu oft sind in den vergangenen Jahren aber Reformanträge an schwarz-gelben oder schwarz-roten Mehrheiten im Bundestag gescheitert, zuletzt schmetterten CDU, CSU und SPD im Frühjahr einen entsprechenden Antrag der Grünen ab. Kaum an der Regierung, scheint auch die SPD die Einsicht, dass ein modernes Bergrecht überfällig ist, unter dem Druck starker Wirtschaftsinteressen aufgegeben zu haben. Es ist daher Aufgabe der Umweltverbände, den Gegendruck auf die Bundesregierung zu erhöhen und eine umfassende Bergrechtsnovelle konsequent einzufordern.

Der Klappentext von ProGress zitiert übrigens Artikel 20a des Grundgesetzes: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen.“ Es ist Zeit, die Bundesregierung nicht nur an ihre eigenen Ziele, sondern auch an ihre verfassungsrechtlichen Verpflichtungen zu erinnern. Eine Reform des BBergG wäre dann die logische Konsequenz.

Der Politikwissenschaftler Daniel Hiß leitet das Projekt „Umwelt- und Ressourcenschutz und Reform des Bundesberggesetzes“ beim Deutschen Naturschutzing.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 /6781775-72,  
E-Mail: daniel.hiss@dnr.de,  
www.dnr.de

## Umweltbewegung

# Wer hat die Deutungshoheit beim Umweltschutz?

Wettbewerber machen Umweltverbänden die Meinungsführerschaft streitig

**Das Thema Wettbewerb ist bei Umweltverbänden nicht sonderlich beliebt. Meist wird es in eher negativen Zusammenhängen benutzt. Auch in der Forschung zur Zivilgesellschaft haftet dem Thema eher das Stigma des Negativen an. Aber die Umweltverbände müssen sich dem stellen, denn die Ökonomisierung der Gesellschaft führt dazu, dass die Verbände nicht automatisch die legitimen Fürsprecher für Umwelt und Natur bleiben. ■ VON MICHAEL ZSCHIESCHE, UFU**

„Mehr Wettbewerb und eine verstärkte Orientierung der Förderpraxis an Effizienz- und Leistungskriterien setzen viele Vereine erheblich unter Rationalisierungsdruck. Es stellt sich die Frage, wie dies mit dem Charakter der Vereine als zivilgesellschaftliche Organisationen des freiwilligen Engagements vereinbar ist“, heißt es beim Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung.<sup>(1)</sup> Auch wenn der Begriff Wettbewerb oft negativ belegt ist, hat dieser nicht nur schlechte Seiten. Ohne Wettbewerb hätten sich Umweltverbände in den letzten 20 Jahren nicht so deutlich weiterentwickelt. Allein der Vergleich mit anderen in der Organisationsentwicklung, auch als Benchmarking bezeichnet, führt in der Regel zu Entwicklungsprozessen. Die Güter und Bezüge, um die im Bereich Umwelt- und Naturschutz gerungen wird, sind beispielsweise das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger, die mediale Aufmerksamkeit oder die Deutungshoheit in der Interessenvertretung.

### Wettstreit um die Bilder in den Köpfen

Aber nicht nur mit anderen gesellschaftlichen Akteuren wie der Wirtschaft, halbstaatlichen oder staatlichen Einrichtungen oder anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen stehen die Umweltverbände im Wettbewerb. Auch in Bezug auf Bilder oder Sprache und Musik, die Natur- und Umweltschutz in den Köpfen der Menschen auszulösen vermögen, gibt es einen ernsthaften Wettbewerb. Denn wer die Bilder in den Köpfen nachhaltig prägen kann, hat laut einer Studie des Schweizer Gottlieb Duttweiler Instituts (GDI) auch Macht über die Zukunft der Natur.<sup>(2)</sup> Und

nicht zuletzt stehen Umweltverbände auch untereinander in Wettbewerbsverhältnissen – um die am besten geeigneten Ideen und richtigen Strategien, um finanzielle Ressourcen, um Spender und Fördermittelgeber, zunehmend auch um Personal. Der Wettbewerb um die Bilder, die Menschen von Natur und Umwelt haben, ist einer der markantesten Trends, mit dem Umweltverbände konfrontiert sind. Bilder sind entscheidend dafür, welchen Stellenwert man dem Thema Umwelt- und Naturschutz verleiht. Und die Bilder, die tagtäglich angeboten werden, sind neben realer Problemwidrigkeit zunehmend geprägt von virtuellen und inszenierten Welten, überlagert und überformt von Image, Marketing und Werbung.

In nahezu jeder Rückschau zur Rolle der Umweltverbände wird betont, welche großartige Rolle diese bei der Bewältigung wahrnehmbarer Umweltbeeinträchtigungen seit den 1970er-Jahren in Deutschland gespielt haben. Umweltverbände waren extrem erfolgreich, den Staat und die Wirtschaft zu sensibilisieren, die erkennbaren Umweltverschmutzungen weitgehend zu stoppen und sie so allmählich aus dem Alltag zu bannen. Über den Anteil, den Verbände an diesem Erfolg haben, gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Einigkeit herrscht jedoch darüber, dass es ohne ihr Agieren keine so raschen und wirksamen Erfolge im Umweltschutz gegeben hätte. Allein durch diese seit Mitte der 1990er-Jahre veränderten Rahmenbedingungen stellt sich den Verbänden die Frage, wie es ihnen gelingt, Umwelt- und Naturschutz als ein gesellschaftlich relevantes Problem im Bewusstsein der Bevölkerung zu halten. Sie müssen sich auch fragen, wie sie die Vorreiterrolle bei der Deutungshoheit

über die Bilder von Natur und Umwelt behalten können. Konkurrenten gibt es zuhauf: die hoheitlichen Stellen, allen voran das Bundesumweltministerium, die Landesministerien oder die kommunalen Umweltämter in Städten und Gemeinden. Mit diesen Akteuren messen sich Umweltverbände seit jeher kritisch, zunehmend aber auch kooperativ oder konkurrierend um den richtigen Umgang mit Umwelt und Natur. Die hoheitlichen Stellen agieren in der Öffentlichkeit allerdings sehr zurückhaltend. Sie sind schon per se Sachwalter in Sachen Umwelt und Naturschutz, weil Artikel 20a des Grundgesetzes dies als staatliche Aufgabe vorsieht. Allerdings erfüllen staatliche Stellen diese Aufgaben nach Ansicht der breiten Öffentlichkeit nur unzureichend.

### Konkurrenz aus der Wirtschaft

In jüngster Zeit werben zunehmend auch wirtschaftliche Akteure um das öffentliche Gut Umwelt und Natur mit dem Versprechen, zu dessen Schutz beizutragen. Auf verschiedensten Kanälen werden Bilder produziert, die suggerieren, dass Unternehmen die „echten“ Umweltschützer sind. Zwar wird in Umfragen Konzernen bescheinigt, zu wenig für Umwelt- und Naturschutz zu tun. Jedoch ist das massive Auftreten der wirtschaftlichen Akteure sowie die Bandbreite ihrer Vertreter – vom Trittbrettfahrer bis zur ernsthaft um Umweltschutz besorgten Firma – langfristig eine ernsthafte Konkurrenz, möglicherweise auch eine Bedrohung für Umwelt- und Naturschutzverbände. Die Palette reicht von grünen Pionierunternehmen der Energiewirtschaft wie Naturstrom, Lichtblick oder die Elektrizitätswerke Schönau (EWS), die mit ihrer starken Verwurze-



lung in den Umwelt- und Naturschutzverbänden gar nicht als Wettbewerber wahrgenommen werden, bis hin zu Firmen der Outdoor-Bekleidungsindustrie. Gerade die Inszenierung der Outdoorfirmen als dem Natur- und Umweltschutz dienend zielt auf Botschaften und Bilder, die auch Umweltverbände in der Öffentlichkeitsarbeit nutzen. Interessant ist in diesem Zusammenhang das starke Anwachsen der Mitgliederzahlen von Nutzerverbänden. So hat der Deutsche Alpenverein (DAV) seine Mitgliederzahlen zwischen 2000 (618.000) und 2011 (893.000) um über 44 Prozent steigern können. Ende 2013 gab es sogar über eine Million Mitglieder. Dabei stellen die unter 25-Jährigen den höchsten Zuwachs im DAV dar. Stolz kann der DAV auf seiner Homepage Ende 2013 darauf verweisen, der mitgliederstärkste Naturschutzverband Deutschlands zu sein. Aber nicht nur grün orientierte Unternehmen stellen sich als legitime Sachwalter für Umwelt- und Naturschutzinteressen dar, sondern auch traditionelle Großkonzerne. So hat Siemens-Chef Löscher 2011 der Firma einen radikalen Strategiewechsel verordnet. Demnach soll Siemens als Umwelttechnologiekonzern wahrgenommen werden, der die Umweltprobleme der 600 größten Städte der Welt lösen kann. Hierfür wurde ein konzern-eigener Green City Index entwickelt, der die Stärken und Schwächen großer Städte zusammenfasst und Lösungen mit Siemensprodukten vorschlägt.<sup>(3)</sup>

Volkswagen, derzeit zweitgrößter Autobauer der Welt, bemüht sich seit Jahren, als der nachhaltigste und umweltfreundlichste Autokonzern der Welt angesehen zu werden.<sup>(4)</sup> Und die öffentliche Wahrnehmung zum Thema Mobilität gibt dieser Strategie von VW recht. Grüne Mobilität wird laut Umweltbundesamt (UBA) als eines der bedeutendsten Handlungsfelder im Bereich des Umweltschutzes in Deutschland eingeschätzt. Je mehr Auszeichnungen VW als Konzern erhält, desto deutlicher kann er sich als legitimer Sachwalter für Umwelt- und Naturschutzinteressen darstellen. Offensichtlich haben die Verantwortlichen vom NABU dies frühzeitig erkannt und sind deshalb eine Partnerschaft eingegangen, die aus Sicht von VW „den Dreiklang aus Beratung, Dialog und Mitmachaktionen“ umfasst.

Es ist also nicht verwunderlich, dass der gesellschaftliche Trend zu Umwelt- und Naturschutz in Deutschland nicht nur die Aufgaben und Rollen der Umweltverbände verändert, sondern diese sich fragen müssen, inwieweit sie künftig noch über die Bilder von Umwelt- und Naturschutz in der Bevölkerung bestimmen können. Hinzu kommt, dass Wirtschaftsunternehmen im Gegensatz zu den hoheitlichen Akteuren des Umwelt- und Naturschutzes andere, häufig gewinnorientierte oder zumindest ökonomische Interessen haben und fundamental andere Zugriffsmöglichkeiten auf die öffentliche Meinung besitzen. Umwelt- und Naturschutzverbände sind im Unterschied zu Ende der 1980er-Jahre längst nicht mehr die einzigen Akteure im Feld des Natur- und Umweltschutzes. Immer mehr vor allem wirtschaftliche Akteure buhlen um das Image, das Natur und Umwelt verkörpern. Das Schweizer GDI spricht daher auch vom zunehmenden „Wettbewerb der Deutungen“.

### Dilemma zwischen Altruismus und Gewinnorientierung

Dass zahlreiche Wettbewerber um das Gut Umwelt- und Naturschutz aus der Wirtschaft im Gegensatz zu Umweltverbänden häufig von gewinnorientierten Motiven geleitet werden, mag auf den ersten Blick einen Unterschied ausmachen. Bei näherer Betrachtung jedoch ist dieser vermeintliche Vorteil für die Verbände kaum relevant. Gerade große Umweltverbände, die in verschiedenen Rollenmodi interagieren und pragmatische Antworten auf nahezu alle Kooperationsangebote parat haben, ebnen gewollt oder ungewollt die Grenzen zwischen Altruismus und gewinnorientierter Interessenpolitik ein. Dies ist ein Dilemma. Denn um den gesellschaftlichen Status, den Umweltverbände in Deutschland innehaben, zu festigen und weiter auszubauen, muss die Bandbreite an Aktivitäten möglichst hoch sein und dementsprechend auch kommuniziert werden. Dadurch werden aber vor allem die großen Umweltverbände ihren Konkurrenten aus der Wirtschaft, also ihren früheren Widersachern, nicht nur

in Habitus und Sprache immer ähnlicher. Zwar gibt es in allen bundesweit agierenden Umweltverbänden gut ausgearbeitete und verbandsintern akzeptierte Leitlinien für Unternehmenskooperationen. Aber es gibt auch immer mehr lukrative Angebote für große Umweltverbände, Unternehmenskooperationen einzugehen. Mit wem allein der WWF, der NABU und die DUH seit 2000 Wirtschaftskooperationen eingegangen sind, lässt Zweifel aufkommen, dass hier immer eine verbandsinterne, strenge Prüfung erfolgte. Wer hätte vor Jahren gedacht, dass Großkonzerne Umweltverbände auffordern, mit ihnen dafür zu sorgen, dass mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit in Unternehmen einziehen? Solche Angebote beinhalten immer auch ein hohes Maß an Verführbarkeit. Und das Unterscheidungsvermögen der breiten Öffentlichkeit hat Grenzen. Die Spielregeln der Medien erfordern zu verkürzen, zu vereinfachen und dadurch nicht selten auch zu verfälschen. Umweltverbände, die jahrzehntelang das Image der Guten und den Nimbus der Gerechten verbreitet haben, werden daher besonders beargwöhnt. Ob sich die Meinungsführerschaft der Umweltverbände in der Öffentlichkeit fortsetzt, wird sich zeigen.

Der Artikel ist ein gekürzter Auszug aus: „Wettbewerb in der Umweltszene“. (UFU themen und informationen Heft 75, 1/2014)

### Anmerkungen

- ▶ (1) [www.wzb.eu/wbrieftzivilengagement](http://www.wzb.eu/wbrieftzivilengagement)
- ▶ (2) GDI (Nicole Lüdi): Die Zukunft der Natur, 2009
- ▶ (3) [www.siemens.com/about/de/werte-vision-strategie/vision.htm](http://www.siemens.com/about/de/werte-vision-strategie/vision.htm)
- ▶ (4) [www.volkswagen.de](http://www.volkswagen.de)

Der Jurist und Ökonom Dr. Michael Zschiesche leitet das Fachgebiet Umweltrecht & Partizipation am Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU). Er ist auch geschäftsführender Vorstand des Instituts.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 428499-332,  
E-Mail: [recht@ufu.de](mailto:recht@ufu.de),  
[www.ufu.de](http://www.ufu.de)



## Abfallpolitik

# Viel Lärm um die Tonne

Der Zuständigkeitsstreit über die Wertstofffassung ist nicht zielführend für ein neues Wertstoffgesetz

**Im Juli haben Bundestag und Bundesrat die 7. Novelle der Verpackungsverordnung verabschiedet. Darin wurden Lücken im Gesetzestext geschlossen oder verkleinert. Gleichzeitig forderte der Bundesrat in einer Entschließung ein Wertstoffgesetz, das der Umwelt etwas bringt. Viel wichtiger, als über Verantwortlichkeiten zu streiten, ist es, ökologische Schwerpunkte und Verbraucherfreundlichkeit festzulegen. ■ VON BENJAMIN BONGARDT UND SASCHA ROTH, NABU**

Im Frühjahr und Sommer titelten Zeitungen und Fernsehbeiträge landauf, landab: „Grüner Punkt in die Tonne“, „Streit über Müll schwelt weiter“, „Das System gelbe Tonne steht vor dem Kollaps“. Grund für diese emotionalen Überschriften war die Kündigung des Vertrags für die gemeinsame Abrechnungsplattform für Verpackungslizenzen aller zehn Betreiber dualer Systeme durch das Duale System Deutschland (DSD). Das Unternehmen kritisierte, dass die Hersteller von Verpackungen Schlupflöcher in der Verpackungsverordnung ausnutzten und so die Zahlung der Lizenzen für die vorgeschriebene Entsorgung umgingen. Im Klartext: Viel zu wenige Verpackungen wurden lizenziert, landeten aber dennoch in der gelben Tonne, das Entsorgungssystem war damit stark unterfinanziert.

In der Zwischenzeit haben sich die streitenden Parteien geeinigt. Auch die Politik erkannte Handlungsbedarf und verabschiedete Mitte Juli die mittlerweile siebte Novelle der Verpackungsverordnung, um die bestehenden Lücken im Gesetzestext, wie Eigenrcknahmemglichkeiten des Handels und sogenannte Branchenlösungen, zu schließen beziehungsweise zu verkleinern. Zudem hat der Bundesrat eine Entschließung verabschiedet, ein Wertstoffgesetz zeitnah vorzulegen, das eine verbraucherfreundliche und möglichst einfache gemeinsame Wertstofffassung ermöglicht. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks versprach einen ersten Entwurf des entsprechenden Gesetzes bis Ende dieses Jahres. Es ist begruenswert, dass wieder mehr Bewegung in die Wertstoffdebatte kommt und auf hoher politischer Ebene an einem geeigneten Vollzugsrahmen gear-

beitet wird. Bedenklich ist allerdings, dass in der Debatte wieder einmal nur Organisationsform und Fragen der Finanzierung eine dominante Rolle spielen. Schlagworte sind „Duale Systeme oder Rekommunalisierung“ sowie „geteilte Verantwortung“.

## Debatte um Zuständigkeiten lässt Umwelt und Verbraucher außen vor

Noch bevor der Entwurf des Wertstoffgesetzes also präsentiert wird, droht die Debatte über wichtige umweltpolitische Ziele des Gesetzes in den Streitigkeiten über den organisatorischen Vollzug unterzugehen. Dabei lohnt es sich, über Details zur Ressourcenschonung zu streiten. Es reicht nicht, die Recyclingziele zu erhöhen. Man muss endlich beginnen, über die ökologische Ausdifferenzierung der Lizenzen, Gebühren oder Steuern zu streiten. Denn Vorgaben zur Erfassungsmenge, selbstlernende Verwertungsquoten, also die automatische Steigerung der Quote im Folgejahr, wenn sie etwa durch effizientere Technik bereits erreicht ist, oder die rechtliche Regelung zur finanziellen Bevorzugung beim Einsatz von Recyclingkunststoff kennt man aus der Praxis nicht. Es gilt, die Unklarheiten und kniffligen Details zu diskutieren und in einem praxistauglichen Gesetzestext zu formulieren.

Im Verborgenen und in Randnotizen werden die eigentlichen Herausforderungen bekannt, die es mit einem neuen Gesetz anzugehen gilt. So nimmt die Verpackungsmenge in Deutschland stetig zu und liegt mittlerweile mit 202 Kilogramm pro Kopf und Jahr an zweithöchster Stelle in Europa. Gleichzeitig sind in Deutschland die Mllverbrennungskapazitten so hoch,

dass sogar Müll aus dem Ausland importiert wird und Verbrennungspreise immer weiter sinken und mit ihnen der Anreiz, sich bei der Entsorgung für stärker umwelt- und ressourcenschonende Verwertungslsungen wie Wiederverwendung und Recycling zu entscheiden. Erschwerend kommt hinzu, dass seit 1998 die Recyclingquotenziele nicht mehr erhöht wurden. Durch die heutzutage möglichen Sortiertechniken werden die Quoten locker erfüllt, für darüber hinausgehendes Engagement und insbesondere Investitionen fehlt aber der nötige staatlich gesetzte Anreiz. Es braucht also ein ambitioniertes Wertstoffgesetz, das eine hochwertige, ökologische und verbraucherfreundliche Kreislaufwirtschaft befördert, die ihren Namen auch verdient. Die gemeinsame Wertstofffassung von Leichtverpackungen und sonstigem Plastik und Metall ist ein wichtiger Hebel, aber es sind mehr Instrumente nötig.

## Anspruchsvolles Wertstoffgesetz muss Abfallvermeidung beinhalten

Das zukünftige Wertstoffgesetz muss Umwelt und Verbrauchern nützen. Wer zuständig für Ausschreibungen und Nachweise ist, ist dafür nicht entscheidend. Deswegen sollten im ersten Gesetzentwurf vor allem die ökologischen Schwerpunkte und die Verbraucherfreundlichkeit festgelegt werden, um dann in der ressortübergreifenden Phase über Zuständigkeiten und Vollzug nachzudenken. Grundsätzlich gilt es, im Wertstoffgesetz die Ziele Abfallvermeidung und hochwertige Verwertung in konkreten Regelungen anzugehen, denn die im Kreislaufwirtschaftsgesetz vorgeschriebene Abfallhierarchie spiegelt sich in den geplanten

Maßnahmen selten wider. Eine Quote für die Wiederverwendung von fünf Prozent für Verkaufs-, Transport- und Umverpackungen könnte ein deutliches Zeichen an Händler und Hersteller setzen, Abfallvermeidung zu fördern, etwa durch den Einsatz von Mehrwegpackungen und unverpackten Waren.

Unbedingt beibehalten werden muss die Produktverantwortung. Diese muss jedoch umgewandelt werden in eine ökologische Anreize setzende Produktverantwortung für Verpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen, wie beispielsweise Eimer oder Spielzeug aus Plastik. Unternehmen und Handel tragen dann Verantwortung für die Vermeidung und die hochwertige Verwertung, denn wie die oben genannten Beispiele zeigen, trägt das Konzept einer reinen Vergütung der Entsorgungsdienstleister nicht mehr zum Ressourcen- und Klimaschutz bei. Im Gegenteil: Bisherige Schlupflöcher boten gar keinen Anreiz mehr, Lizenzgebühren durch ökologisches Verpackungsdesign zu sparen. Unternehmen sollten nur noch finanziell entlastet werden, wenn sie ressourcenschonende Materialien auf den Markt bringen. Wer also Verpackungen aus Recyclingmaterial oder aus einem einzigen Kunststoff und hochwertig zu recycelndes Material als Ressource einsetzt, soll zukünftig geringere Lizenzentgelte (oder Gebühren/Steuern) zur Finanzierung der Entsorgung entrichten müssen.

Verwertungsquoten hatten eine wichtige und tatsächlich funktionierende Wirkung auf die gesamte Entsorgungswirtschaft und werden dies auch in Zukunft haben. Sie beschreiben nicht nur umweltpolitische Ziele, sondern schaffen Sicherheit für die Investitionen in neue Sortier- und Verwertungstechnik. Um den immer neuen technischen Entwicklungen Rechnung zu tragen, sollten die neuen Wertstoffquoten nicht nur quantitativ höher sein, sondern auch selbstlernend sein. Für Kunststoffe erscheint eine Verwertungsquote von 90 Prozent realistisch, wovon 60 Prozent stofflich verwertet werden müssen. Darüber hinaus erscheinen, wie in einem Forschungsprojekt des Umweltbundesamts vorgeschlagen, folgende Recyclingquoten ökologisch sinnvoll:

- ▶ Glas: 75 Prozent
- ▶ Eisenhaltige Metalle: 95 Prozent
- ▶ Nicht eisenhaltige Metalle: 72 Prozent
- ▶ Papier, Pappe, Karton: 70 Prozent
- ▶ Verbunde: werden den einzelnen Stoffkategorien zugeordnet

Die gesamte erfasste Menge des Mülls in der Wertstofftonne sollte verpflichtend einer Sortieranlage zugeführt werden. Um entsprechende Mengen sicherzustellen, sollte eine (selbstlernende) Mindestermessungsmenge für Leichtverpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen in der Wertstofftonne in Höhe von 22 Kilogramm pro Einwohner pro Jahr festgelegt werden. Werden die vorgeschlagenen Instrumente höherer Quoten und einer weitreichenden ökologischen Produktverantwortung für Verpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen umgesetzt, sind wichtige Schritte in Richtung Kreislaufwirtschaft getan, die über die nationale Ebene hinaus Wirkung entfalten können. Es bleibt zu hoffen, dass auch Bundesumweltministerin Hendricks der andauernden Zuständigkeitsdebatten überdrüssig ist und ihr Ministerium mit der Vorlage eines ökologisch anspruchsvollen Wertstoffgesetzes beauftragt.

Link

- ▶ Hintergrundpapier des NABU zum Wertstoffgesetz (PDF): [www.kurzlink.de/nabu-wertstoffg2014](http://www.kurzlink.de/nabu-wertstoffg2014)

Dr. Benjamin Bongardt ist seit 2007 beim NABU-Bundesverband und arbeitet dort als Leiter Ressourcenpolitik.



Sascha Roth ist seit 2013 Referent für Umweltpolitik beim NABU-Bundesverband und zuständig für Abfallpolitik und Kreislaufwirtschaft.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 284984-1660,  
E-Mail: [sascha.roth@nabu.de](mailto:sascha.roth@nabu.de),  
[www.nabu.de](http://www.nabu.de)

CINEGRAPH BUNDESARCHIV

# cinifest

Internationales Festival des deutschen Film-Erbes  
Hamburg Berlin Prag Udine Wien Wiesbaden Zürich

**GEGEN?  
ÖFFENTLICHKEIT!  
NEUE WEGE IM  
DOKUMENTARISCHEN**

**HAMBURG**  
FESTIVAL **15.-23. NOVEMBER**  
**2014**

KOMMUNALES KINO METROPOLIS  
20.-22. NOVEMBER 2014,  
GÄSTEHAUS DER UNIVERSITÄT

KONGRESS  
10.-29. NOVEMBER 2014,  
ZENTRALBIBLIOTHEK DER BÜCHERHALLEN  
HAMBURG

**WWW.CINEFEST.DE**

---

Cinefest wird veranstaltet von

Das Bundesarchiv

---

Partner

KINEMATHEK Hamburg  
an der METROPOLIS

FILM ARCHIV OSTFRIEDLAND

NFA

cinémathèque suisse

filmpodium

gefördert von

Hamburg | Kulturbehörde

DEUTSCHES FILMARCHIV

DFG

cinifest online

---

**Cinefest – Internationales Festival des deutschen Film-Erbes**  
Schillerstr. 43 · 22767 Hamburg · Tel. +49-(0)40-35 21 94  
Fax: +49-(0)40-34 58 64 · Mail: [info@cinifest.de](mailto:info@cinifest.de) · [www.cinifest.de](http://www.cinifest.de)



## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

Private Abfallwirtschaft**Secondhandgesellschaft als Zukunftskonzept**

■ Die Europäische Föderation der Entsorgungswirtschaft (FEAD) hat der EU-Kommission im Oktober ihre 2014-2020-Strategie vorgestellt. Hauptziele sind, die EU dazu anzuhalten, VerbraucherInnen mithilfe von Ökokennzeichnungen vermehrt zum Kauf von Recyclingprodukten anzuregen sowie Steuern für Gebrauchsgüter zu senken.

Die FEAD erhofft sich davon eine offenere Konsumkultur, die sich nicht an dem günstigsten, sondern an dem nachhaltigsten Angebot auf dem Markt orientiert. Zudem drängt das Bündnis auf eine stärkere Recyclingfähigkeit für einige Produkte, unter anderem elektronische Geräte, nach der Ökodesignrichtlinie. Das EU-Maßnahmenpaket zur Abfallwirtschaft der Kommission (umwelt aktuell 08/09.2014, S. 8) begrüßte der Verband zwar, sieht aber Schwierigkeiten, die Ziele zu erreichen. Diese würden „erhebliche Investitionen“ von der Privatwirtschaft verlangen, so die FEAD in ihrer Stellungnahme. In dem Paket sind verbindliche Recyclingziele für die Mitgliedstaaten vorgeschrieben, wie beispielsweise das Recyceln von 70 Prozent der Siedlungsabfälle sowie 80 Prozent der Verpackungsabfälle wie Glas, Papier, Metall und Plastik bis zum Jahr 2030. [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/FEAD-Strategie-2020](http://www.kurzlink.de/FEAD-Strategie-2020)
- ▶ Ökodesignrichtlinie:  
[www.kurzlink.de/EU-Oekodesign-RL](http://www.kurzlink.de/EU-Oekodesign-RL)

Wertstoffgesetz**Reform wird fortgesetzt**

■ Das Wertstoffgesetz ist schon seit Langem auf der Agenda der UmweltministerInnen, ohne dass es bisher zu einem Gesetzesvorschlag kam. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) will nun endlich

Ende 2014 einen Arbeitsentwurf vorlegen. Zwei Reformen sind für das anschließend geplante Gesetzgebungsverfahren Anfang 2015 schon bekannt: die sogenannte Wertstofftonne sowie eine zentrale Kontrollstelle des Verpackungsmülls. Die Wertstofftonne soll die gelbe Tonne ersetzen. Dann dürfen jegliche Formen von Plastik sowie Metall in die orangene Tonne geworfen werden.

Zweite Idee ist eine zentrale Stelle mit „hoheitlichen Befugnissen“, die die Firmen des Dualen Systems kontrollieren soll. Die Grünen haben nun in einem Eckpunktepapier, das der Berliner Zeitung im Oktober vorlag, diesen Vorschlag kritisiert. Sie wünschen sich eine Entmachtung des Dualen Systems, dessen neun private Unternehmen in vergangener Zeit negativ in den Schlagzeilen auftauchten. Sie versuchten mittels manipulierter Zahlen von entsorgten Verpackungsabfällen sich gegenseitig auszustechen.

Die Grünen fordern, den Kommunen die Kompetenz für die Kreislaufwirtschaft zu übertragen. Darin stimmen sie mit dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) überein, der darauf schon länger drängt. „Jährlich kostet allein die pure Existenz der Dualen Systeme schon 120 Millionen Euro. Dann ist noch keine einzige Tonne Abfall gesammelt“, sagte Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des VKU. [es]

- ▶ Eckpunktepapier Berliner Zeitung:  
[www.kurzlink.de/BZ-Wertstoff-Entwurf](http://www.kurzlink.de/BZ-Wertstoff-Entwurf)
- ▶ Kritik der VKU am Dualen System:  
[www.kurzlink.de/VKU-PM-Wertstoffge](http://www.kurzlink.de/VKU-PM-Wertstoffge)

EU-Chemikalienpolitik**Verfahrensfehler bei der Zulassung von Pestiziden?**

■ Das europäische Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Europe) hat das Zulassungsverfahren für Pestizide scharf kritisiert. EU-Kommission und Mitgliedstaaten ließen unabhängige wissenschaftliche Risikoanalysen oft unter den Tisch fallen, hieß es in einer Studie.

PAN Europe untersuchte die Zulassung von sieben Pestiziden und stellte fest, dass die Mitgliedstaaten zahlreiche Studien über die Giftigkeit der Pestizide aus administrativen Gründen nicht berücksichtigt hatten. Statt unabhängiger Studien würden stattdessen überwiegend Analysen zurate gezogen, die die Industrie in Auftrag gegeben hatte, bemängelte die NGO.

„Diese Praxis verstößt nicht gegen das EU-Recht, aber es entspricht mit Sicherheit nicht der Grundidee der Pestizidverordnung“, kommentierte PAN Europe. Die Pestizidverordnung sieht vor, dass alle wissenschaftlichen Publikationen in die Entscheidungsfindung einfließen sollen, die in Kreuzgutachten überprüft wurden. [dh]

- ▶ [www.kurzlink.de/PAN-Pestizide-Zulass](http://www.kurzlink.de/PAN-Pestizide-Zulass)

TTIP**Wie weit sind Verhandlungen zu Chemikalien wirklich?**

■ Die EU-Kommission schlägt eine weitreichende Zusammenarbeit in der Chemikalienregulierung mit den US-Behörden im Rahmen des Freihandelsabkommens zwischen Europa und den USA vor. Diese Information veröffentlichten Umweltorganisationen im Oktober unter Berufung auf ein internes Papier der EU-Kommission vom 18. September.

Angeblich sollen Konsultationen zu Regulierungsprozessen für individuelle Substanzen und neue Verordnungsentwürfe künftig unter den Partnern erlaubt sein. Darüber hinaus soll eine Arbeitsgruppe zur organisierten Zusammenarbeit eingerichtet werden. Als Arbeitsmethoden gelten laut dem Papier beispielsweise stille Konsultationen bei der Entwicklung von Bewertungskriterien und die jeweilige Ausrichtung der Klassifizierung und Kennzeichnung chemischer Substanzen an den Partnerländern.

Umweltorganisationen befürchten, dass dadurch nicht nur Regulierungsprozesse für Chemikalien eindeutig verlangsamt, sondern zusätzlich neue Spielräume für



die Chemieindustrie geschaffen werden, um neue gesetzliche Regelungen zu beeinflussen. Der amerikanische Regulierungsprozess für Chemikalien sei leichter zu entschleunigen als der der EU. Deshalb solle die Kommission keine Angleichung der Regulierungssysteme suchen, bis die Amerikaner ihr System reformiert haben, sagte Baskut Tuncak vom Zentrum für internationales Umweltrecht (Ciel).

Nach der siebten TTIP-Gesprächsrunde im Oktober in Washington hat der europäische Verhandlungsleiter, Garcia Becero, die Zusammenführung der Chemikalienregulierung jedoch strikt ausgeschlossen. Die beiden Regulierungssysteme seien zu unterschiedlich, es sollen lediglich praktische Wege zur Zusammenarbeit in der Bewertung von Chemikalien gesucht werden. Damit räumte er die Angst von Umweltschutzorganisationen aus, dass sich Neuregelungen zu Chemikalien verzögern. [es]

- ▶ Dokument der EU-Kommission: [www.ciel.org/Publications/TTIP\\_Chem\\_16Sep2014.pdf](http://www.ciel.org/Publications/TTIP_Chem_16Sep2014.pdf)
- ▶ Stellungnahme Ciel: [www.ciel.org/Chem/TTIP\\_10ct2014.html](http://www.ciel.org/Chem/TTIP_10ct2014.html)

## Endokrine Disruptoren

### Konsultation zu Kriterienfestlegung

■ Endokrinen Disruptoren (EDC) soll endlich ein Riegel vorgeschoben werden: Die EU-Kommission hat Ende September eine öffentliche Konsultation zur Festlegung von Kriterien zur Beschränkung von EDCs im Rahmen der Biozid- und Pflanzenschutzmittelverordnung gestartet.

Der ehemalige EU-Umweltkommissar Janez Potočnik sagte dazu: „Wir brauchen diese Kriterien, um den Schutz [vor EDC] zu verbessern und der Industrie die nötige Sicherheit zu geben. Bürger und Interessenvertreter können uns helfen, eine fundierte Entscheidung zu treffen.“ Die Konsultation läuft noch bis zum 16. Januar 2015.

Das europäische Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Europe) behauptet hingegen, dass die Konsultation keine angemessene

Plattform für einen zivilgesellschaftlichen Austausch sei, da die Fragen zu technisch formuliert seien und somit lediglich der Industrie sowie Forschungsinstituten die Möglichkeit böten, sich zu beteiligen. Dadurch würde die Industrie die Konsultation mit Daten überlagern können, die für eine Weiterführung von EDC auf dem Markt sprechen, obwohl es dazu wissenschaftliche Studien mit gegenteiligen Befunden gebe, alarmierte PAN Europe.

Die Frist zu genauen Kriterien zu EDC hat die Kommission bereits im Dezember 2013 verpasst. Deshalb hat sie im Juni 2014 einen vorläufigen Fahrplan veröffentlicht, der klären soll, wann chemische Substanzen als hormonell wirksam gelten und wann entsprechende Verbote für diese Stoffe greifen (umwelt aktuell 07.2014, S. 8). [es]

- ▶ EU-Kommission zu EDC-Konsultation: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/14/1057)
- ▶ PAN Europe zu EDC-Konsultation: [www.pan-europe.info/News/PR/140930.html](http://www.pan-europe.info/News/PR/140930.html)
- ▶ Konsultation zu endokrinen Disruptoren: [www.ec.europa.eu/eusurvey/runner/ED-consultation](http://www.ec.europa.eu/eusurvey/runner/ED-consultation)

## Quecksilberlegierung

### EU-ExpertInnen wollen Amalgamfüllungen verbieten

■ Das wissenschaftliche Komitee der EU-Kommission zu neu auftretenden und neu identifizierten Gesundheitsrisiken (SCENIHR) empfiehlt, den Einsatz von Amalgam in der Zahnmedizin zu verringern. Insbesondere Schwangere und Kinder sollten alternative Zahnfüllungen bekommen.

Amalgam ist eine von wenigen Quecksilberlegierungen, die in der EU noch verwendet werden. Die Minamata-Konvention der Vereinten Nationen von 2013 verpflichtet die Staaten, Maßnahmen für einen schrittweisen Verzicht von Dentalamalgam zu beschließen. Die EU hat das Abkommen aber noch nicht ratifiziert.

Amalgam besteht zu 50 Prozent aus dem hochgiftigen Quecksilber. Der wissenschaftliche Beratungsausschuss der

EU-Kommission für Gesundheits- und Umweltrisiken hatte das Gefährdungspotenzial von Amalgam Anfang des Jahres in einer Stellungnahme zwar als gering eingestuft, in einigen skandinavischen Ländern ist Amalgam allerdings schon verboten. Auch die europäischen Umweltverbände fordern seit Langem ein Amalgamverbot.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) lobte daher die aktuelle Empfehlung des SCENIHR und fordert eine Frist für den schrittweisen Amalgamausstieg bei der Behandlung von Schwangeren und Kindern. Laut EEB gibt es ausreichend Alternativen.

Durch eine vorläufige Stellungnahme und eine Konsultation für wissenschaftliche Institute und Behörden schenkt die Kommission dem geplanten Amalgamverzicht wieder Aufmerksamkeit. Auch die EU-BürgerInnen können sich bis zum 14. November in einer Konsultation zur Ratifizierung der Minamata-Konvention äußern. [md]

- ▶ Vorläufige Stellungnahme der Kommission: [www.ec.europa.eu/health/scientific\\_committees/emerging/docs/scenihr\\_o\\_046.pdf](http://www.ec.europa.eu/health/scientific_committees/emerging/docs/scenihr_o_046.pdf)
- ▶ [www.kurzlink.de/EEB-Amalgam-Verbot](http://www.kurzlink.de/EEB-Amalgam-Verbot)
- ▶ [www.kurzlink.de/Konsultation-Amalgam](http://www.kurzlink.de/Konsultation-Amalgam)
- ▶ Konsultation zur Minamata-Konvention: [www.ec.europa.eu/environment/consultations/mercury\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/consultations/mercury_en.htm)

## Gesundheitsschutz

### Handy-App nimmt Hormone in Kosmetika unter die Lupe

■ Seit der Einführung der „Tox-Fox-App“ des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ist der Anteil von hormonell wirksamen Stoffen in Kosmetika leicht gesunken, berichtete der Umweltverband Ende September. Statt 30 Prozent im Jahr 2013, enthielten die insgesamt 80.000 untersuchten Kosmetikprodukte noch 27 Prozent belastende Chemikalien dieses Jahr. Besonders schlecht schnitten die Unternehmen Procter & Gamble und Henkel ab. Bei Procter & Gamble stieg der Anteil belastender Stoffe von 46 auf 48 Prozent. ▶

Der BUND brachte im letzten Jahr die „Tox-Fox-App“ heraus, die über das Einscannen des jeweiligen Barcodes Informationen zur Chemikalienbelastung der Kosmetika liefert. Die NutzerInnen der App haben nicht nur 21.000 Produkte neu registriert, sondern auch 85.000 Protest-E-Mails an die Hersteller versandt. Besonders besorgniserregend seien Parabene, warnt der BUND. Föten im Mutterleib, Kleinkinder und Kinder in der Pubertät können von Entwicklungsstörungen betroffen werden. Die Industrie zeigte auf die Protestmails kaum Reaktionen. Auf der Website von Procter & Gamble heißt es immer noch, dass Parabene ein innerhalb der gesetzlichen Grenzwerten ungefährlicher Stoff seien. [es]

► [www.kurzlink.de/bund-toxfox-app](http://www.kurzlink.de/bund-toxfox-app)

Hormone aus der Dose

## Kein Freistoß-Spray in der Bundesliga?

■ Das in Argentinien produzierte Freistoß-Spray „9-15-fair play limit“ ist höchstwahrscheinlich hormonell belastend, stellte eine von der Bild-Zeitung in Auftrag gegebene Untersuchung des TÜV Rheinland fest. Die als Konservierungstoff verwendeten Parabene könnten den Hormonhaushalt beeinflussen. Zudem liege nicht nur die Treibhausgaskonzentration mit 33 Prozent weit über den zugelassenen Standards, auch fehle es an ausführlicher Beschriftung und dem Flammensymbol für hoch entzündliche Produkte. „Das Produkt ist in seiner derzeitigen Form in Deutschland und der EU nicht verkehrsfähig“, sagte TÜV-Sprecher Ralf Diekmann. Ohne Zulassung darf das Spray nicht benutzt werden.

Trotz der Warnungen wurde es aber am 8. Spieltag der Bundesliga im Oktober zum ersten Mal eingesetzt. Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) reagierte entspannt auf die Untersuchungsergebnisse, möchte den Sachverhalt prüfen und sucht derzeit nach Alternativprodukten. [es]

► [www.kurzlink.de/Bild-TUEV-Spray](http://www.kurzlink.de/Bild-TUEV-Spray)

Triclosan

## Zahnpasta gefährlicher als gedacht

■ Nützlich zur Abtötung von Bakterien im Mund, aber gefährlich: Der Bund von Ärzten und Ärztinnen für Umweltschutz (AefU) aus der Schweiz fordert ein klares Verbot des Biozids Triclosan. Es befindet sich in Kosmetikprodukten weltweit und steht im Verdacht, hormonell Brustkrebs auszulösen, Spermien, Muskeln und Leber zu schwächen und zur Bildung von resistenten Keimen beizutragen.

Die EU-Kommission hat bereits im März ein Verbot von Triclosan in Textilien, Leder, Gummi, Farben und in Thermoplasten beschlossen, dies gilt aber nicht für die Kosmetikindustrie. Der AefU hat in einer Auswahl von 70 Kosmetikprodukten wie Deos oder Fußpuder Triclosan nachgewiesen und fordert nun Schweizer Bürger auf, sich an einer Onlinepetition zum Triclosan-Verbot zu beteiligen. [es]

► [www.kurzlink.de/AefU-Triclosan-Info](http://www.kurzlink.de/AefU-Triclosan-Info)

## GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Ernährungssicherheit

## G8 gefährden Kleinbauern

■ Die 2012 von den G7/8-Staaten gegründete Neue Allianz für Ernährungssicherheit gefährdet afrikanische Bauern und Bäuerinnen. Das kritisieren 91 zivilgesellschaftliche Organisationen in einer Ende September veröffentlichten Stellungnahme.

Das Ziel der 2012 von den G7/8-Staaten gegründeten Neuen Allianz ist die Armutsbekämpfung von 50 Millionen Menschen in Sub-Sahara-Afrika bis 2022. Kooperationsabkommen und Reformmaßnahmen sollen private und kommerzielle Investitionen in der Landwirtschaft verbessern.

Die Nichtregierungsorganisationen beklagen, dass die Neue Allianz für Ernährungssicherheit die Durchsetzung des

Rechts auf Nahrung behindert, den Verlust von Biodiversität und Bodenfruchtbarkeit verursacht und die Einflussnahme von Konzernen auf afrikanische Staaten unterstützt. Deshalb fordern sie die G7/8-Regierungen auf, die Initiative zu stoppen und bäuerliche ErzeugerInnen im globalen Süden zu unterstützen. Die deutschen Unterstützerorganisationen appellieren an die Bundesregierung, während ihrer G7/8-Präsidentschaft 2015 die Allianz grundlegend zu reformieren oder sich aus ihr zurückzuziehen. [jb]

► [www.kurzlink.de/fue250914](http://www.kurzlink.de/fue250914)

Nachhaltige Entwicklung

## Verbändedeposition zu Post-2015-Agenda

■ Der Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) hat ein Positionspapier mit acht Kernpunkten einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda für die Zeit nach 2015 erstellt. Dann laufen die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen aus und sollen durch neue Ziele ersetzt werden.

Zwölf deutsche Nichtregierungsorganisationen, darunter auch der Deutsche Naturschutzring, präsentieren darin ihre Vorstellungen zur Bekämpfung von Armut, Umwelterstörung und Menschenrechtsverstößen unter dem Aspekt der nachhaltigen Entwicklung.

Die Verbände fordern, die Grundlage für die Post-2015-Agenda der Vereinten Nationen sollten unter anderem die 2012 bei der Rio+20-Konferenz gesetzten Sustainable Development Goals (SDG, Ziele langfristiger nachhaltiger Entwicklung) und das weltweite Zielsystem der Vereinten Nationen zur Verbindung unterschiedlicher Agenden bilden. Ausschlaggebend seien zudem die Menschenrechte und die 1992 verabschiedeten Rio-Prinzipien. Laut den Verbänden müsse die Post-2015-Agenda transparent und universell sein. Ziele müssten sowohl für die Länder im

globalen Süden als auch für die nördlichen Staaten gesetzt werden, die in besonderer Verantwortung stünden. Deshalb fordert der VENRO die Bundesregierung und ihre BürgerInnen dazu auf, sich als Nachhaltigkeitsentwicklungsland für die Agenda und ihre Ziele einzusetzen. Nachhaltige Wirtschaft, Klima- und Umweltschutz seien dabei ebenso wichtig wie Chancengleichheit und Gerechtigkeit. [as]

► [www.kurzlink.de/venro0914](http://www.kurzlink.de/venro0914)

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

## KLIMA & ENERGIE

### Klimaforschung

## Treibhausgas-Rekordhoch

■ Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>) und Lachgas (N<sub>2</sub>O) haben 2013 in der Atmosphäre einen neuen Höchststand erreicht. Das geht aus einem Bericht der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) hervor, der am 9. September in Genf veröffentlicht worden ist.

Vor allem die CO<sub>2</sub>-Konzentration sei laut Bericht besorgniserregend. Von 2012 bis 2013 sei sie so schnell gestiegen wie seit 30 Jahren nicht. Auch die Konzentration von Methan und Lachgas, zwei weiteren Treibhausgasen, sei seit der Zeit vor der Industrialisierung um 153 beziehungsweise 21 Prozent gestiegen. Die drei Höchstwerte beschleunigten die Erderwärmung, da die Gase Sonnenstrahlung in der Atmosphäre zurückhielten. Dieser sogenannte Strahlungsantrieb ist laut WMO zwischen 1990 und 2013 um 34 Prozent gestiegen. Doch nicht nur die Erderwärmung sei ein Problem – der Säuregehalt der Weltmeere liege auf dem höchsten Stand seit mindestens

300 Millionen Jahren. Ozeane würden ein Viertel der Treibhausgase speichern und damit zwar als Puffer dienen, die Auswirkung der Versauerung auf Organismen sei aber im Einzelnen noch unklar. „Uns rennt die Zeit weg“, mahnte deshalb WMO-Generalsekretär Michel Jarraud und forderte schnelles Handeln, um den Temperaturanstieg auf die international anerkannten zwei Grad Celsius zu begrenzen. [md]

► [www.wmo.int/pages/prog/arep/gaw/ghg/documents/GHG\\_Bulletin\\_10\\_EN.pdf](http://www.wmo.int/pages/prog/arep/gaw/ghg/documents/GHG_Bulletin_10_EN.pdf)

► [www.wmo.int/pages/mediacentre/press\\_releases/pr\\_1002\\_en.html](http://www.wmo.int/pages/mediacentre/press_releases/pr_1002_en.html)

### Klimapolitik I

## Wirtschaftswachstum geht nur mit Klimaschutz

■ Der britische Ökonom Nicolas Stern hat im September in einer Studie der Calderon-Kommission erneut belegt, dass Klimaschutz die Wirtschaft ankurbeln kann.

„Better Growth, better Climate“ ist zugleich Titel und Botschaft des Berichts von 24 Experten aus Wirtschaft und Politik. Eine Woche vor dem Klimagipfel in New York veröffentlicht, sollte das Papier einen erneuten Schub für die zähen Verhandlungen für ein Weltklimaabkommen bringen. Das deutsche Mitglied der Kommission, der ehemalige Finanzstaatssekretär Caio Koch-Weser, sagte, es komme darauf an, wie in den nächsten 15 Jahren die voraussichtlich rund 90 Billionen Dollar in neue Straßen oder Stromnetze investiert werden. Die Autoren verlangen zukunftsverträgliche Investitionen: Städte sollen kompakter gebaut und brach liegende Flächen für Landwirtschaft genutzt werden. Außerdem sollen Subventionen für Kohle, Öl und Gas abgebaut werden. Energieeinsparungen würden langfristig die hohen Kosten für nachhaltige Bauten decken. Nötig seien endlich verlässliche politische Rahmenbedingungen und richtige Anreize für Investitionen. Dafür will Koch-Weser auch FinanzministerInnen und Banken stärker in Klimaverhandlungen einbinden.

## Was haben ...



## ... Margaret Atwood und Dennis Meadows gemeinsam?

- > Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) schon in der Frühkindpädagogik?
- > Resilienz statt Nachhaltigkeit?
- > Wie weiter mit BNE nach der Dekade?

## Jahrbuch 2014

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Das Update für alle BNE-Interessierten!

### Krisen- und Transformationsszenarios

Frühkindpädagogik, Resilienz & Weltaktionsprogramm

Mit Beiträgen von Margaret Atwood / Dennis Meadows / Gerhard de Haan / Uwe Schneidewind & Mandy Singer-Brodowski / Marcel Hunecke / Barbara Benoist & Thorsten Kosler / Ute Stoltenberg / Bianca Baerlocher / Peter Euler / Martin Heinrich / Jürg Minsch u.v.a.



Jetzt bestellen zum Sonderpreis von **EUR 7,-** plus Versandkosten (statt EUR 10,-)!

FORUM Umweltbildung  
E-Mail: [office@umweltbildung.at](mailto:office@umweltbildung.at)  
[www.umweltbildung.at](http://www.umweltbildung.at)

## politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

### Naturschutz und Demokratie

Höhen und Tiefen einer schwierigen Beziehung



Unübersehbar klafft zwischen unserem heutigen Politik- und Ökonomiemodell und einer zukunftsfähigen Nachhaltigkeits- und Naturschutzpolitik eine Lücke. Sie wirft auch die Frage auf, wie gut sich Natur in einer Demokratie schützen lässt und wie man reine Wertschöpfung aus der Natur wieder in Wertschätzung für die Natur umwandeln kann. Klimawandel und Verlust der Artenvielfalt erzwingen die Neubestimmung des Verhältnisses von Demokratie und Naturschutz. Das Konzept der deliberativen Umweltdemokratie, die verordnete Nachhaltigkeit und die Ökonomie sind drei Ansätze, wie anspruchsvolle Umwelt- und Naturschutzpolitik in Demokratien Realität werden kann.

Mit Beiträgen von B. Jessel, H. Weiger, M. Linz, H. Welzer, B. Unmüßig, E. Altvater u.v.m.; Mitherausgegeben vom Bundesamt für Naturschutz



Naturschutz und Demokratie  
politische ökologie (Band 138)  
144 Seiten, 17,95 EUR (zzgl. Versand),  
ISBN 978-3-86581-487-6

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de), [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

**oekom**  
verlag

Im Frühjahr machte bereits der Weltklimarat der Vereinten Nationen darauf aufmerksam, dass Klimaschutz und Wirtschaftswachstum miteinander vereinbar sind. Auch die Europäische Kommission, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Greenpeace und das Beratungsunternehmen McKinsey belegen, dass grünes Wachstum der Wirtschaft nützt. [md]

► [www.newclimateeconomy.report/](http://www.newclimateeconomy.report/)

### Klimapolitik II

## Weltweite Demonstrationen gegen den Klimawandel

■ Rund um den UN-Gipfel in New York demonstrierten Ende September Hunderttausende in 160 Ländern für mehr Klimaschutz. Der UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hatte Staats- und Regierungschefs aus aller Welt zu einem Sondergipfel zum Klimawandel eingeladen, um im Vorfeld zum Klimagipfel in Lima und Paris konkrete Aktionen der Staatsoberhäupter einzufordern. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ließ sich durch Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) vertreten und nahm stattdessen an einer Veranstaltung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) teil. Zeitgleich warnten WissenschaftlerInnen, dass bereits zwei Drittel des CO<sub>2</sub>, das maximal ausgestoßen werden darf, um eine Erderwärmung von zwei Grad nicht zu überschreiten, bereits in der Atmosphäre seien, und riefen die Regierungen zu schnellem Handeln auf. [st]

► [www.un.org/climatechange/summit](http://www.un.org/climatechange/summit)

### Klimaschutz

## E7 besser als G7

■ Im September hat das Beratungsunternehmen PWC-Consulting eine Studie zur Kohlenstoffintensität der 20 größten Wirtschaftsmächte veröffentlicht. Dem-

nach überholten die Schwellenländer (E7) erstmals die Industrienationen (G7) in der Verminderung der Kohlenstoffintensität. Die Kohlenstoffintensität misst die Kohlenstoffdioxidemissionen pro Dollar des Bruttoinlandsproduktes und kann so messen, ob Staaten trotz Wirtschaftswachstum ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen senken können. Die sogenannten E7 – China, Indien, Brasilien, Mexiko, Russland, Indonesien und die Türkei – konnten ihre Kohlenstoffintensität im vergangenen Jahr um 1,7 Prozent senken. Die G7-Staaten Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Kanada, USA und Japan erreichten hingegen nur eine Reduktion von 0,2 Prozent. Weil der Großteil der globalen Produktion in Schwellenländern stattfindet, sind deren CO<sub>2</sub>-Emissionen mittlerweile 1,5-mal so hoch wie die der G7. Während beispielsweise Australien (etwa 7,2 Prozent) und China (etwa 4 Prozent) ihre Kohlenstoffintensität reduzieren konnten, stieg Deutschlands Zahl um 2,9 Prozent.

Auf globaler Ebene ist die Kohlenstoffintensität um 1,2 Prozent gesunken, während das BIP durchschnittlich um 3,1 Prozent stieg. Laut PWC müsste die globale Kohlenstoffintensität jährlich um 6,2 Prozent sinken, um die Erderwärmung bei zwei Grad zu belassen. Die Dekarbonisierungsraten der letzten Jahre deuteten jedoch auf eine Erderwärmung von vier Grad bis zum Ende des Jahrhunderts hin. [lr]

► [www.kurzlink.de/pwc-studie-ci-g20](http://www.kurzlink.de/pwc-studie-ci-g20)

### EU-Klimakommissar

## Cañete Vorwürfen ausgesetzt

■ Der designierte EU-Kommissar für Energie und Klima musste sich bei seiner Anhörung im EU-Parlament kritischen Fragen der EU-Abgeordneten stellen. Skepsis über Interessenkonflikte konnte nicht ausgeräumt werden, trotzdem bestand er das Hearing.

Miguel Cañete betont zwar, seine Aktien der Ölfirma Petrolífera Ducar verkauft zu haben, dennoch ist sein Schwager weiterhin an dem Unternehmen beteiligt. Auf den Hinweis der grünen Europaparla-



mentarierin Michelle Rivasi, dass Cañete in seiner Amtszeit als Umweltminister Bohrungen bei den Kanarischen Inseln und im Mittelmeer erlaubt hat, gab er keine befriedigende Antwort.

Angelo Caserta, Leiter von Birdlife Europe, sagte zum Hearing: „Bevor die Frage des Interessenkonflikts aufkam, der im Übrigen immer noch nicht geklärt wurde, untergräbt seine Geschichte stark seine Glaubwürdigkeit als geeigneter Kandidat, um den Klimawandel zu bekämpfen.“ [mk]

► Anhörung des EU-Parlaments:  
[www.kurzlink.de/anheup](http://www.kurzlink.de/anheup)

#### Energiesubventionen

## Kohle erhält immer noch viele Subventionen

■ Mitte Oktober hat die EU-Kommission eine Studie zu den Subventionen verschiedener Energieträger veröffentlicht. Die Studie zeigt, dass die Subventionen insbesondere für Kohle immer noch hoch sind, und das, obwohl die externen Kosten des Energieträgers bei Weitem höher sind als die von erneuerbaren Energien.

So lägen die Subventionen für Kohle mit zehn Milliarden Euro gleichauf mit denen von Windkraft an Land. Solarenergie schlägt mit 15 Milliarden Euro zu Buche, Erdgas mit fünf Milliarden und Atomenergie mit sieben Milliarden. Werden versteckte Subventionen wie die freie Vergabe von Emissionsrechten über den Emissionshandel, Steuernachlässe und Direkthilfen berücksichtigt, übertreffen die fossilen Subventionen die Förderungen für erneuerbare Energien deutlich.

„Der neue Subventionsbericht legt endlich klare Zahlen auf den Tisch. Der Mythos der hohen Subventionskosten für Erneuerbare dürfte hiermit klar ins Wanken kommen“, schlussfolgert Claude Turmes, energiepolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament. [sl]

► [www.ec.europa.eu/energy/studies/doc/20141013\\_subsidies\\_costs\\_eu\\_energy.pdf](http://www.ec.europa.eu/energy/studies/doc/20141013_subsidies_costs_eu_energy.pdf)

#### Energiemarkt

## Stromkonzerne in Bedrängnis

■ Der Energiekonzern RWE will in Nordrhein-Westfalen bis 2017 drei Kraftwerke teilweise stilllegen. Darüber hinaus hat RWE mit externen Anbietern die Bezugsverträge über 500 Megawatt beendet. So will der Konzern europaweit um die 9.000 Megawatt teilweise oder komplett vom Markt nehmen. Grund seien die stark gefallen Stromgroßhandelspreise. Seit Anfang 2013 hat RWE europaweit Anlagen mit einer Gesamtleistung von 12.600 Megawatt vom Netz genommen. Auch der Gewinn des deutschen Energieriesen Eon ist im ersten Halbjahr 2014 im Vergleich zu 2013 auf fünf Milliarden Euro gesunken. Im Vorjahr waren es noch etwa 5,7 Milliarden Euro. [sl]

► [www.rwe.de](http://www.rwe.de)

#### Erneuerbare Energien EU

## EU von Asien und Lateinamerika abgehängt

■ Laut der Unternehmensberatung Ernst & Young entwickeln sich Asien und Lateinamerika zunehmend zu attraktiven Standorten für Investoren von erneuerbaren Energien und hängen Europa als Vorreiter bei erneuerbaren Energien ab.

Einem im September veröffentlichten Ranking zufolge ist China auf dem ersten von 40 Plätzen. Damit löst es die USA als Land mit den meisten Investitionen in erneuerbare Energien ab. Zu Recht, findet ein Berater von Ernst & Young und lobt Chinas strenge Energieziele und die Einführung des Emissionshandelssystems. Deutschland landete auf Platz drei und ist damit in Europa führend. Neben asiatischen und lateinamerikanischen Märkten mache aber auch der niederländische Markt Deutschland Konkurrenz. Er entwickle sich derzeit am stärksten. Italien und Spanien sanken in der Rangliste jeweils um drei Plätze. Gründe seien die Bankenkrise und Subventionsänderungen, die Investoren abschrecken.

Das Ranking berücksichtigt sowohl Faktoren wie politische Stabilität und Geschäftstätigkeit als auch die Unterstützung der Politik für erneuerbare Energien, die Energieinfrastruktur des Landes und die verfügbaren finanziellen Ressourcen. [md]

► Ranking: [www.kurzlink.de/eyrank14](http://www.kurzlink.de/eyrank14)

#### Erneuerbare Energien national

## Sonne überholt Braunkohle

■ Zum ersten Mal überholen Wind-, Sonnen-, Wasser- und Bioenergie die Braunkohle bei der Stromerzeugung in Deutschland. In den ersten neun Monaten des Jahres machten die Erneuerbaren einen Anteil von 27,7 Prozent am verbrauchten Strom aus. Laut dem Thinktank Agora Energiewende kam Braunkohle auf 26,3 Prozent, Steinkohle auf 18,5 Prozent und Atomkraft auf 16 Prozent.

Der Thinktank macht den milden Winter für die Entwicklung verantwortlich. Bei angenehmen Temperaturen wird weniger Strom verbraucht. Die fossilen Brennstoffkraftwerke erzeugen zwar weniger Energie, aber die Erneuerbaren speisen alles ein, was sie erzeugen, denn Ökostrom hat grundsätzlich Vorrang im Netz. [mk]

► [www.agora-energiewende.de](http://www.agora-energiewende.de)

#### Braunkohle

## Vattenfall soll grün werden

■ Geht es nach der neuen schwedischen Regierung, soll der Staatskonzern Vattenfall bevorzugt auf erneuerbare Energien ausgerichtet werden, wie die taz berichtete. Die rot-grüne Regierung möchte den Energiekurs dahingehend verändern, „dass das Unternehmen die Expansion von Braunkohle abbricht“. Für Deutschland hieße das konkret, dass die schwedische Regierung die Pläne zur Erweiterung der Braunkohletagebaue des Energiekonzerns in der Lausitz stoppen möchte. Inwiefern Vattenfall Anteile verkaufen wird, ist noch

unklar. Der schwedische Ministerpräsident Löfven möchte einem möglichen Verkauf nur zu „marktmäßigen Bedingungen“ zustimmen und ohne große Verluste für die schwedische Staatskasse.

Erleichtern könnte den neuen Kurs hin zu grüner Energie der neue Chef an der Spitze von Vattenfall. Magnus Hall war nicht wie seine Vorgänger am Ausbau der Kohle- und Gasförderung beteiligt. Mit Blick auf die Zukunft von Vattenfall sagte er: „Wir müssen die Kosten runterbringen, um wieder mehr in erneuerbare Energien investieren zu können.“ Grün ist der schwedische Konzern aber noch lange nicht: Zeitgleich verklagte Vattenfall die deutsche Bundesregierung vor einem internationalen Schiedsgericht für Investitionsstreitigkeiten in Washington auf 4,7 Milliarden Euro Schadensersatz für die Stilllegung seiner Atomkraftwerke. [mk, sl]

► [www.taz.de/Erneuerbare-Energien/!147063/](http://www.taz.de/Erneuerbare-Energien/!147063/)

## Kohle I

### Gegen Tagebau

■ Mehr als 7.500 Menschen aus 20 Ländern haben im Spätsommer in der deutschen und polnischen Lausitz gegen die Ausweitung der Braunkohletagebaue de-

monstriert. Unter dem Motto „Anti-Kohle-Kette – Gemeinsam für die Energiewende“ wurde von Kerkwitz bis Grabice eine acht Kilometer lange Menschenkette über die Neiße gebildet. Quer durch den Grenzfluss standen die Menschen Hand in Hand und demonstrierten für die Energiewende:

In der Lausitz wollen der schwedische Energiekonzern Vattenfall und der größte polnische Energiekonzern PGE neue Braunkohletagebaue erschließen. So könnte in den nächsten Jahren nicht weit von Berlin das größte Braunkohlerevier Europas entstehen, in dem bis über das Jahr 2050 hinaus weiter Braunkohle gefördert und verbrannt wird.

Würden die Pläne umgesetzt, würden insgesamt 5.000 Menschen umgesiedelt und drei Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre gelangen. [Quelle: klima-allianz, sl]

► [www.klima-allianz.de](http://www.klima-allianz.de)

## Kohle II

### BUND fordert Ausstieg

■ Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat die Bundesregierung Mitte September dazu aufgefordert, die Laufzeit älterer Braunkohlekraftwerke per Gesetz zu begrenzen. Nur so lasse sich

das nationale Klimaschutzziel von 40 Prozent weniger Kohlendioxid bis 2020 noch erreichen. „Bleibt die Kohleverstromung in alten und ineffizienten Braunkohlekraftwerken so lukrativ wie heute, kann die Bundesregierung ihre Klimaschutzziele abschreiben“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger vor der Presse in Berlin. [Quelle: Klima-Allianz]

► [www.kurzlink.de/kohleende](http://www.kurzlink.de/kohleende)

## Atomenergie I

### Stromkonzerne verweigern Zahlung für Atommüll

■ Die vier großen Stromkonzerne RWE, Eon, EnBW und Vattenfall wollen ihren Anteil für die Endlagerprojekte Gorleben und Schacht Konrad nicht zahlen. Es gehe um insgesamt 230 Millionen Euro für die Jahre 2013 und 2014, teilte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) mit.

Die Beteiligung der Produzenten an den Kosten, die für die Endlagerung von Atommüll entstehen, ist im Atomgesetz geregelt. Die Konzerne hatten in der Vergangenheit ihren Anteil stets bezahlt. Beobachter glauben, die Verweigerung sei eine konzentrierte Aktion. Ziel der Konzerne sei es, die

# Nachhaltigkeit

## A-Z




## L wie Lernorte

Bauernhöfe sind nicht nur Orte der Lebensmittelproduktion. Sie sind auch hervorragende Lernorte, Begegnungsräume und lebenspraktische »Entwicklungsineln«, die gesellschaftliche Veränderungen anstoßen können. Das Projekt »Gemeinschaftshof Pente« und viele weitere Projekte zeigen exemplarisch die Verbindung von handlungspädagogischer Praxis und solidarischer Landwirtschaft. Einblicke in das norwegische Schulsystem und Erfahrungen zum dialogischen Lernen ergänzen dies.

T. Hartkemeyer, P. Guttenhöfer, M. Schulze (Hrsg.)  
**Das pflügende Klassenzimmer**  
 Handlungspädagogik und Gemeinschaftstragende Landwirtschaft  
 DBU Umweltkommunikation / Band 3

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de) | [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

Politik unter Druck zu setzen, eine öffentliche Stiftung für die Atommüllentsorgung zu schaffen. [md]

► [www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

## Atomenergie II

### EU fördert britische Atomkraftwerke

■ Die EU-Kommission hat für den Bau zweier Atomkraftwerke in Großbritannien grünes Licht gegeben. Sie genehmigt der britischen Regierung für den Bau der Reaktoren Staatssubventionen von 43 Milliarden Euro.

Umweltschutzorganisationen kritisierten die Freigabe der britischen Staatsgarantien scharf. „Erst vor einem Jahr hat die Kommission gesagt, dass Hinkley prinzipiell nicht mit den EU-Regeln über staatlichen Beihilfen kompatibel ist. Jetzt macht die Kommission unter Druck von der britischen Regierung und dem Atomkraftwerkskonzern EDF eine Kehrtwendung“, sagte Mark Breddy, Sprecher von Greenpeace Europe. Mehrere Akteure, darunter Stromversorger wie EWS Schönaun, die Umweltorganisation Global 2000, aber auch der österreichische Staat prüfen derzeit die Möglichkeiten, Klage gegen die Atomsubventionen einzulegen.

Das Atomkraftwerk Hinkley wird vom französischen Staatskonzern EDF gebaut. Zwei chinesische Firmen werden sich an der Finanzierung beteiligen. [sl, EU-Umweltbüro]

► [www.zdf.de/frontal-21/abschied-von-klimaschutzzielen-31559428.html](http://www.zdf.de/frontal-21/abschied-von-klimaschutzzielen-31559428.html)

## Strompreise

### Ökostromumlage sinkt

■ Seit der Einführung der Ökostromumlage im Jahre 2000 wird die Kilowattstunde von derzeit 6,24 Cent auf 6,17 Cent erstmalig sinken. Verantwortlich für den leichten Rückgang ist ein Überschuss auf

dem Ökostromkonto der Netzbetreiber von knapp 1,7 Milliarden Euro.

Die Ökostromumlage (EEG-Umlage) macht fast 20 Prozent des Strompreises aus. Sie ist die von Verbrauchern und VerbraucherInnen gezahlte Differenz zwischen dem tatsächlichen Strompreis, der sich aus Angebot und Nachfrage an der Strombörse ergibt und dem gesetzlich festgelegten Strompreis (Einspeisevergütung), den die Netzbetreiber verbindlich an die Anlagenbetreiber von Ökostrom zahlen müssen. [mk]

► [www.netztransparenz.de/de/EEG-Umlage.htm](http://www.netztransparenz.de/de/EEG-Umlage.htm)

## KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

### Grenzwerte in Kosmetik

### Kontrollierte Konzentration von Konservierungsstoffen

■ Die EU-Kommission hat die Höchstmenge von zwei Konservierungsstoffen eingeschränkt, die in Körperpflegemitteln vorkommen und möglicherweise schädlich sein können. Die erlaubte Obergrenze für Propylparaben und Butylparaben liegt demnach künftig bei 0,14 Prozent. Bisher galt ein Höchstwert von 0,4 beziehungsweise 0,8 Prozent. In Produkten, die für den Windelbereich von Kindern unter drei Jahren vorgesehen sind, werden die Substanzen komplett verboten. Allerdings erst für Waren, die nach dem 16. April 2015 in den Handel kommen.

Verboten wird auch der Einsatz einer Mischung von Methylchloroisothiazolinonen und Methylisothiazolinonen (MCI/MI) in nicht auszuspülenden Produkten wie Körpercreme. Damit soll das Risiko für Hautallergien gesenkt werden. Der Konservierungsstoff darf aber noch in abspülbaren Produkten wie Shampoo und Duschgel bis zu einer Höchstgrenze von 0,0015 Prozent der Mischung in einem Verhältnis von 3:1 von MCI/MI verwendet werden.

Der EU-Kommissar für Verbraucherpolitik Neven Mimica wies darauf hin, dass Konservierungsstoffe in Kosmetika sinnvoll seien, weil sie die Verbraucher vor schädlichen Krankheitserregern schützen, die sonst in die Cremes und Produkte, die man täglich benutzt, eindringen würden. Ohne Konservierungsstoffe hätten alle Kosmetika nur eine sehr kurze Haltbarkeit und müssten in den meisten Fällen im Kühlschrank aufbewahrt werden. [mbu]

► EU-Kommission zu Konservierungsstoffen in Kosmetika:

[www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/14/1051)

► Vorschriften für Kosmetika in der EU:

[www.ec.europa.eu/consumers/consumers\\_safety/cosmetics](http://www.ec.europa.eu/consumers/consumers_safety/cosmetics)

### Lebensmittelverschwendung

### Ein Drittel der Nahrung weltweit wird weggeworfen

■ Nahrungsmittelabfälle verursachen international jedes Jahr 2,6 Billionen Dollar Kosten. Das ist das Ergebnis einer Studie des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL) und die London School of Economics im Auftrag der Welternährungsorganisation FAO. Diese enormen gesellschaftlichen Kosten zeigen, dass sich Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung in vielen Fällen lohnen würden.

Laut der Studie wird etwa ein Drittel der gesamten Nahrungsmittelproduktion nicht konsumiert, sondern landet im Müll oder geht entlang der Wertschöpfungskette verloren. Das wirkt sich auch sehr negativ auf die Umwelt aus und verursacht der Gesellschaft hohe Kosten. In einer Studie von 2011 hatte die FAO erstmals die Menge der Nahrungsmittelabfälle quantifiziert, 2013 sind die damit verbundenen Umweltwirkungen berechnet worden.

Die aktuelle Studie beziffert erstmals die volkswirtschaftlichen Kosten dieser Nahrungsmittelabfälle und berechnet Kosten und Nutzen von beispielhaften Vermeidungsmaßnahmen. Demnach machen die direkten Kosten durch die verlorene Pro-

duktion etwa eine Billion Dollar aus, die Umweltkosten etwa 700 Milliarden und die sozialen Kosten etwa 900 Milliarden. Zusammen sind das 2,6 Billionen US-Dollar oder etwa 4 Prozent des globalen Brutto-sozialprodukts.

Bei den Umweltkosten sind vor allem die Treibhausgasemissionen und der Wasserverbrauch für Bewässerung in Regionen mit Wasserknappheit wichtig, bei den sozialen Kosten sind es unter anderem Gesundheitskosten. Während die direkten Kosten einigermaßen verlässlich abzuschätzen sind, sind die Umweltkosten sehr stark von Annahmen, wie zum Beispiel den Schadenskosten einer Tonne Treibhausgasemissionen oder der Wasserknappheit in verschiedenen Regionen abhängig. Weit aus am unsichersten sind aber die sozialen Kosten, die auf Schätzungen beruhen.

In einer begleitenden Studie wurden die Kosten und Nutzen verschiedener konkreter Maßnahmen zur Reduzierung von Nahrungsmittelabfällen und -verlusten quantifiziert. Dabei zeigt sich, dass die Wirkung der Maßnahmen sehr stark von der Art der Nahrungsmittelabfälle abhängt. Die Vermeidung von Nahrungsmittelabfällen bleibt demnach oberstes Ziel. [mbu]

- ▶ Studie zu den Kosten: Food wastage footprint: Full cost accounting: [www.fao.org/3/a-i3991e.pdf](http://www.fao.org/3/a-i3991e.pdf)
- ▶ Begleitende Studie zu Maßnahmen: Mitigation of Food Wastage: Social costs and benefits: [www.fao.org/3/a-i3989e.pdf](http://www.fao.org/3/a-i3989e.pdf)

## LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Kommission auf dem Prüfstand

### Kandidaten für Gesundheit und für Landwirtschaft

■ Die Anhörungen der designierten EU-Kommissare für Gesundheits- und Lebensmittelsicherheit Vytenis Andriukaitis sowie für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Phil Hogan brachten aus Umweltsicht nur teilweise Entwarnung.

Im Fall des auch für Gentechnik zuständigen Andriukaitis befürchten Kritiker, dass er beim Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzen die umstrittene Opt-out-Regelung durchsetzt. Diese soll es den EU-Mitgliedstaaten ermöglichen, den Anbau von Genpflanzen auf ihren Äckern zu verbieten. Vor allem der große Einfluss der Gentechnikkonzerne wird von Europaabgeordneten und Umweltverbänden kritisiert.

Die Befragung des für das Amt des EU-Agrarkommissars vorgesehenen ehemaligen irischen Umweltministers Phil Hogan verlief hingegen weitgehend reibungslos. Er versprach, sich beim geplanten Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) für den Erhalt der europäischen Lebensmittelstandards einzusetzen. Zur Halbzeitbewertung der Agrarreform sagte Hogan, er wolle zunächst die Praxis der Direktzahlungen prüfen, aber auch die beschlossenen Maßnahmen zur Ökologisierung der Landwirtschaft sollen unter die Lupe genommen werden. Die Fraktion Die Grünen/EFA im EU-Parlament befürchtet allerdings, dass Hogan unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus die mühsam ausgehandelten, ohnehin schon wachswweichen Kompromisse des Greenings der jüngsten EU-Agrarreform vollends kippen werde.

„Als klassischer Vertreter des agrarindustriellen Modells steht der EU-Agrarpolitik mit Phil Hogan vor allem eins in Haus: eine rigorose Ausrichtung auf Markt, Export und Liberalisierung. Im Doppelpack mit der angekündigten verstärkten Exportorientierung droht eine Politik des ‚Wachsens oder Weichens‘ die den Strukturwandel nicht nur der bäuerlichen Landwirtschaft in Europa, sondern weltweit beschleunigen wird“, sagte Martin Häusling, agrarpolitischer Sprecher der Grünen.

Vor der Anhörung forderte eine Koalition von Nichtregierungsorganisationen Hogan auf, sich für eine zukunftsfähige bäuerliche Landwirtschaft einzusetzen. Die Kommission müsse aufhören, wie bisher überwiegend die Agrarindustrie zu unterstützen, so die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM), das European Milk Board (EMB), die Umwelt- und Entwicklungsorganisati-

on Germanwatch sowie das Entwicklungshilfswerk Misereor. [mbu]

- ▶ Anhörung im EU-Parlament – Vytenis Andriukaitis (30.09.14): [www.elections2014.eu/de/new-commission/hearing/20140917HEA64709](http://www.elections2014.eu/de/new-commission/hearing/20140917HEA64709)
- ▶ Anhörung im EU-Parlament – Phil Hogan (2.10.2014): [www.elections2014.eu/de/new-commission/hearing/20140918HEA65214](http://www.elections2014.eu/de/new-commission/hearing/20140918HEA65214)
- ▶ NGO-Forderung an Hogan: [www.kurzlink.de/eu-kom-hogan-abl2014](http://www.kurzlink.de/eu-kom-hogan-abl2014)
- ▶ MdeP Häusling: [www.martin-haeusling.eu](http://www.martin-haeusling.eu)

## Herbizide

### Superunkräuter zeigen Widerstand

■ Je mehr Ackergifte gespritzt werden, desto resistenter gegen die chemischen Substanzen werden Wildpflanzen, auch Superweeds oder Unkräuter genannt. Das ist das Ergebnis einer Studie im Auftrag der Grünen im Europäischen Parlament.

Die Studie zeige deutlich das Ausmaß und die Folgen zunehmend herbizidresistenter Unkräuter in den USA aufgrund der massiven Ausweitung des Anbaus gentechnisch veränderter und glyphosatresistenter Pflanzen, sagte der Koordinator für die Grünen im Agrarausschuss des EU-Parlaments Martin Häusling. Dadurch könne weniger geerntet werden und die Superunkräuter könnten sich weiter ausbreiten. In der Landwirtschaft steigen die Kosten und für die biologische Vielfalt bedeutet es hohe Verluste.

Die zunehmende Widerstandsfähigkeit von Unkräutern und Schadpflanzen schreit auch in Europa voran. In Deutschland gibt es etwa 32 resistente Superunkräuter. Laut Studie verbreitet sich vor allem das Totalherbizid Glyphosat immer mehr und trägt so zur Resistenzbildung bei. Häusling fordert eine nachhaltige Landwirtschaft, die auf ökologische Methoden wie eine abwechslungsreiche Fruchtfolge setze und nicht auf plumpe chemische Lösungen. [mbu]

- ▶ Zur Studie: Das Prinzip industrielle Landwirtschaft in der Sackgasse: [www.martin-haeusling.eu](http://www.martin-haeusling.eu)



## Genpflanzen

## Grenzenlose Ausbreitung verhindern

■ Vor der UN-Konferenz zum Cartagena-Protokoll zur Biologischen Sicherheit im Oktober in Südkorea haben Umwelt-, Verbraucher-, Landwirtschafts-, Forschungs-, Erzeuger- und Entwicklungsverbände erneut an die Teilnehmerstaaten appelliert, sich für Maßnahmen gegen die unkontrollierte Ausbreitung von genmodifizierten Organismen einzusetzen.

Bereits im Sommer hat das Bündnis einen entsprechenden Aufruf veröffentlicht, den bis jetzt 35 Organisationen unterzeichneten. Sie verweisen darauf, dass das Cartagena-Protokoll als Teil der internationalen Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD) auch Maßnahmen gegen eine „ungewollte grenzüberschreitende Verbreitung von gentechnisch veränderten Organismen“ vorsieht. Eine nicht geplante Kontamination kann durch den Warenverkehr oder durch eine spontane Ausbreitung genmanipulierter Bestandteile geschehen.

In den vergangenen Jahren ist es immer wieder zu solch unkontrollierten Ausbreitungen von Genpflanzen gekommen. Zum Beispiel bei Mais und Baumwolle in Mexiko, aber auch bei Raps in Europa. Laut der Organisation Testbiotech haben

Firmen vor, genveränderte Fliegen in die freie Natur zu lassen. Diese machen vor Landesgrenzen nicht halt.

Die Organisation Testbiotech forderte die Bundesregierung auf, sich in Südkorea für klare internationale Regelungen starkzumachen. Es gäbe auch eine gemeinsame Stellungnahme der EU, in der Risiken wie genmodifizierte Insekten erwähnt seien. Da aber keine Regelungen genannt werden, um deren Freisetzung zu verhindern, hält Testbiotech die Stellungnahme für nicht ausreichend. [mbu]

- ▶ Internationaler Aufruf: [www.stop-the-spread-of-transgenes.org](http://www.stop-the-spread-of-transgenes.org)
- ▶ [www.testbiotech.org](http://www.testbiotech.org)

### Genpflanzenzulassung

## Werden noch Anträge durchgewinkt?

■ Trotz Risikowarnung plant die Europäische Kommission offenbar neun gentechnisch veränderte Pflanzen in der EU zu genehmigen. Das befürchtet jedenfalls der Verein Testbiotech. Dem noch zuständigen EU-Kommissar Tonio Borg liegen demnach neun Anträge auf Zulassung vor. Bei dem Mais 1507 der Firma Pioneer geht es

um eine Anbaugenehmigung, acht Anträge betreffen den Import von Genpflanzen, die zu Tierfutter verarbeitet werden sollen.

Dabei habe es in der Risikoprüfung „gravierende Mängel“ gegeben, moniert der Verein Testbiotech. „Beispielsweise hat die Industrie zu einigen der jetzt anstehenden Anträge Fütterungsversuche vorgelegt, die so mangelhaft waren, dass die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA sie nicht akzeptiert hat. Aber anstatt neue Studien zu verlangen, hat die Behörde einfach grünes Licht gegeben“, sagte der Geschäftsführer von Testbiotech Christoph Then.

Die Risikobewertung und die Risikovorsorge bei der Grünen Gentechnik sind seit Langem umstritten. So ergab eine Studie im Auftrag des Dachverbands ökologischer Erzeugerverbände Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) vom Oktober, dass das Zulassungsverfahren in der EU Umwelt und Verbrauchern nicht den Schutz gewährt, der laut Gesetz vorgeschrieben ist. Dem Vorsorgeprinzip werde keine Rechnung getragen, hieß es. Besonders die EFSA steht in der Kritik. Seit 2008 fordern die EU-Umweltminister und das EU-Parlament eine Reform des Zulassungsverfahrens. [mbu]

- ▶ Testbiotech zu möglicher Zulassung von neun Genpflanzen: [www.testbiotech.org/node/1104](http://www.testbiotech.org/node/1104)
- ▶ ZurBÖLW-Studie: [www.boelw.de](http://www.boelw.de)



## Lecker, leckerer, Brot!

In Deutschland werden jährlich 500.000 Tonnen Brot als Überschuss »entsorgt«. Dabei gibt es viele wunderbare Möglichkeiten übrig gebliebenes Brot zu verwenden. Wie abwechslungsreich die Welt der Brotweiterverwendung ist, davon gibt Tainá Guedes einen kreativen, lust- und geschmackvollen Einblick. Lassen Sie sich inspirieren von Tainás Rezepten: Ob in Vorspeisen, Salaten, Suppen, Hauptgerichten oder Nachspeisen – den kulinarischen Brotgenüssen sind keine Grenzen gesetzt.

Tainá Guedes  
**Kochen mit Brot**

96 Seiten, Softcover, komplett in Farbe, 14,95 Euro, ISBN 978-3-86581-696-2  
 Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de), [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom

Freihandelsabkommen**Aus für Nulltoleranz bei Gentechnik?**

■ Der Grünen-Politiker Harald Ebner warnte im September vor dem „Ende der Nulltoleranz“ von gentechnischer Verunreinigung in der EU. Die Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada und TTIP zwischen der EU und den USA würden eine liberale Handhabung von genverändertem Saatgut erlauben. Das Nulltoleranzgebot besagt, dass keine Spuren von gentechnisch veränderten Organismen in Saatgut erlaubt sind. Ebner betont, dass diese Gentechnikfreiheit bei Saatgut möglich ist. Die Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA würden dies allerdings gefährden. Deshalb fordert Ebner Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel auf, CETA nicht zuzustimmen und die TTIP-Verhandlungen zu stoppen.

Greenpeace und der ökologische Erzeugerverband Bioland veröffentlichten im Herbst Ergebnisse einer Saatgutauswertung. Von 334 Rapssaatgutproben gab es keine, die gentechnisch verunreinigt war. Die Verbände wollen, dass dies auch so bleibt. [md]

- ▶ [www.kurzlink.de/gentech-freihandel14](http://www.kurzlink.de/gentech-freihandel14)
- ▶ [www.kurzlink.de/nulltol-bioland-gen](http://www.kurzlink.de/nulltol-bioland-gen)

## NATURSCHUTZ &amp; BIODIVERSITÄT

12. CBD-Konferenz**Mehr Geld für Biodiversität**

■ Die 194 Vertragsstaaten des UN-Abkommens für biologische Vielfalt (CBD, Convention on Biological Diversity) wollen mehr in den Artenschutz investieren und die biodiversitätsbezogenen Finanzhilfen für Entwicklungsländer verdoppeln. Sie haben sich auf einen finanziellen Rahmen geeinigt, um die 2010 auf der zehnten CBD-Konferenz in Nagoya erarbeiteten Aichi-Ziele zum Schutz der Biodiversität umzusetzen. Das geht aus dem „Pyeong-

chang-Fahrplan für die erweiterte Umsetzung des strategischen Plans und zur Erreichung der Aichi-Ziele für Biodiversität“ hervor, den sie im Oktober auf der 12. CBD-Vertragsstaatenkonferenz beschlossen haben. Weiterhin haben sie die Bedeutung der Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung anerkannt.

Die Aichi-Ziele umfassen fünf Kernziele zur Bekämpfung der Ursachen des Rückgangs biologischer Vielfalt, zur Förderung ihrer nachhaltigen Nutzung, zur Sicherung von Ökosystemen, Arten und der genetischen Vielfalt, zur Erhöhung des Nutzens biologischer Diversität und deren Ökosystemdienstleistungen und zur Umsetzung der Maßnahmen. Unter anderem legen sie fest, dass die Überfischung in den Weltmeeren gestoppt und 17 Prozent der globalen Landfläche sowie 10 Prozent der Meeresfläche unter Schutz gestellt werden sollen.

Unter anderem haben die Vertragsstaaten auch einen Fahrplan für die Abschaffung von Subventionen verabschiedet, die der Biodiversität schaden, und die Versauerung der Ozeane und menschengemachten Unterwasserlärm als Kernbedrohungen für maritime Biodiversität benannt.

Zudem trat bei der Konferenz das Nagoya-Protokoll in Kraft. Es stellt einen einheitlichen internationalen Rahmen zur Nutzung genetischer Ressourcen auf und soll Biopiraterie verhindern. Somit werden Herkunftsländer und die indigene Bevölkerung an den Vorteilen aus der Nutzung ihrer Ressourcen beteiligt.

Umweltverbände loben die Beschlüsse. „Besonders wichtig sind heute die neuen Hausaufgaben, die die Bundesregierung mit nach Europa nimmt. Wie alle Staaten hat auch Deutschland zugesagt, zu Hause mehr Geld für die biologische Vielfalt in die Hand zu nehmen. Gleichzeitig verstehen wir die Beschlüsse so, dass spätestens 2016 die Eliminierung naturschädlicher Agrarsubventionen starten muss“, sagte Olaf Tschimpke vom Naturschutzbund Deutschland (NABU). [ej]

- ▶ [www.cbd.int/doc/press/2014/pr-2014-10-17-cop-12-en.pdf](http://www.cbd.int/doc/press/2014/pr-2014-10-17-cop-12-en.pdf)
- ▶ [www.kurzlink.de/nabucbd12](http://www.kurzlink.de/nabucbd12)
- ▶ [www.kurzlink.de/bmubcbd12](http://www.kurzlink.de/bmubcbd12)

Waldschutz**Internationales Abkommen gegen Entwaldung**

■ Zum ersten Mal haben Staaten, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen einen gemeinsamen Zeitplan für die Eindämmung der Regenwaldzerstörung vorgelegt. Auf dem UN-Sondergipfel zum Klimaschutz in New York Ende September haben sie mit der „New York Declaration on Forests“ Schritte gegen die Abholzung von Wäldern beschlossen. Das Abkommen umfasst einen Stopp der Entwaldung bis 2030, die Stärkung der nachhaltigen Waldwirtschaft und den Aufbau entwaldungsfreier Lieferketten. Deutschland, Großbritannien und Norwegen haben das Abkommen initiiert und stellen finanzielle Mittel bereit, um Waldschutzprogramme in bis zu 20 Entwicklungsländern zu fördern. Das Abkommen ist jedoch nicht verbindlich.

Am Rande des Gipfels haben Deutschland, Norwegen und Peru eine Waldschutzpartnerschaft zum Schutz des peruanischen Regenwaldes geschlossen. Darin erklärte sich Peru bereit, Entwaldung zu reduzieren, seine Forstwirtschaft bis 2021 klimaneutral zu gestalten und die Rechte der indigenen Bevölkerung zu stärken. Die Regenwälder in Peru sind der größte Kohlenstoffspeicher der Welt.

Zudem gaben die größten Treibhausgasemittenten, darunter auch die USA und China, die Zusage, bei dem nächsten Klimagipfel Anfang 2015 über neue Klimaziele ab 2020 zu verhandeln. [ej]

- ▶ Mitteilung des Bundesumweltministeriums: [www.kurzlink.de/bmub230914](http://www.kurzlink.de/bmub230914)

Invasive Arten**Eindämmung beschlossen**

■ Ende September hat der EU-Ministerrat die Verordnung zu invasiven gebietsfremden Arten angenommen. Sie legt EU-weit Maßnahmen zur Prävention, Kontrolle und zum Umgang mit invasiven gebietsfremden Arten fest. ▶

## „Die Wachstumsdebatte ist die größte Herausforderung für Mensch und Natur“

Mit minimalem Ressourcenverbrauch, Nullwachstum und im Frieden miteinander leben – das ist die Vision einer Gesellschaft, in der die Menschen vielleicht glücklicher sind als heute. Das setzt aber voraus, dass das Gemeinwohl in den Vordergrund rückt und die Individuen sich umeinander kümmern, sagt der Generalsekretär des Deutschen Naturschutzbundes Helmut Röscheisen.

### Umwelt aktuell: Zeit Ihres Lebens und seit fast 35 Jahren beim DNR haben Sie sich für den Naturschutz engagiert. Was war rückblickend der größte Erfolg?

Da will ich keinen einzelnen besonders herausstellen. In der Anfangsphase des Dachverbands galt es, die unklaren Strukturen zu beseitigen, dann haben wir die Nachwuchsförderung eingeführt, die ZukunftsPiloten, und zahlreiche Leitbilder für den Sportbereich entwickelt. Unter anderem habe ich den ökologischen Verkehrsclub Deutschland (VCD) mitgegründet. Ganz wichtig war, dass wir in Politik und Gesellschaft Flagge gezeigt haben. Der Dachverband hat natürlich eine Gesamtbotschaft im Interesse seiner Mitgliedsverbände, das ist auch im Grundsatzprogramm klar festgelegt. Und es kann nicht sein, dass einzelne Mitgliedsverbände, auch wenn sie noch so groß sind, diese Botschaft, die von der großen Mehrheit der Mitgliedsverbände getragen wird, nicht nach außen artikulieren. Etwa bei der Olympiabewerbung Münchens. In dem Fall muss sich die klare Minderheit der Mehrheit beugen. Das ist Demokratie.

### Und was war die härteste Nuss?

Zum Beispiel, dass die Wachstumsdebatte, die alles überlagert mit der Frage, ob wir unsere Wirtschaftsweise und den Lebensstil so weiterführen können wie bisher, kein wichtiges Thema in vielen Verbänden innerhalb des DNR ist. Das finde ich enttäuschend, weil das eine der zentralen Herausforderungen für die Zukunft ist. Ein weiteres Defizit: Die Umweltverbände sind mittelstandsorientiert. Wichtige Teile der Bevölkerung werden nicht integriert. Dazu zählen Menschen mit Migrationshintergrund, davon haben wir ganz wenige bei uns. Dazu zählen aber auch die Menschen, die am unteren Ende der sozialen Leiter stehen. Und das wirkt sich bei bestimmten Themen aus wie der Wachstumsdebatte. Da geht man sehr, sehr zögerlich ran. Das ist schade.

### Mit Blick in die Zukunft – was ist die größte Herausforderung für Mensch und Natur?

Ich habe es schon angedeutet, für mich ganz klar die Wachstumsdebatte. Wie zukünftig gewirtschaftet wird, angesichts knapper Ressourcen, angesichts der nach wie

vor vorhandenen Zerstörung der biologischen Vielfalt. Hier muss ein gravierendes Umdenken erfolgen. Und das sind vor allem die Umweltverbände gefordert, aber das sehe ich momentan, von Ausnahmen abgesehen, nicht.

### Wie sieht Ihre Vision einer umweltgerechten Gesellschaft aus?

Vorneweg, da es leider wieder um sich greift, die Vermeidung von Kriegen, Zerstörung. Ich sehe da nur die Möglichkeit, dass wir auf UN-Ebene eine Eingriffsmöglichkeit schaffen müssen, die in Extremfällen – und die gibt es leider immer mehr – dazwischengehen kann. Man kann ein Abmetzeln ganzer Stämme und Völker nicht einfach so hinnehmen. Dann natürlich eine Gesellschaft, deren Wirtschaftsweise sich dadurch auszeichnet, ohne Wachstum und mit einem Minimum an Ressourcen- und Naturverbrauch auszukommen und in der sich die Menschen gerade deswegen wohlfühlen und vielleicht glücklicher sind als heute. Das setzt voraus, dass man viel mehr miteinander kommuniziert, dass die Gemeinwohlorientierung der Menschen wieder mehr im Vordergrund stehen muss. Und dazu gehört auch, sich um andere zu kümmern, sowohl in der näheren als auch in der weiteren Umgebung.

### Und für die Weiterentwicklung des Dachverbands – was wünschen Sie sich da in Zukunft?

Ich hoffe, dass von mir auch mit angestoßene Projekte wie die ZukunftsPiloten noch mehr Früchte tragen, dass junge Menschen, die dann vielleicht ganzheitlicher und mehr an das Gemeinwohl denken, an entscheidende Stellen kommen und Verbandsegoismen überwinden. Ich wünschte, dass die Organisationsinteressen eher zurückgestellt werden und die eigentlichen Problemlösungen in den Vordergrund rücken. Für den DNR und seine Mitgliedsverbände bedeutet das, darauf zu achten, dass sich die Anzahl der tatsächlich Aktiven vergrößert. Dass es viel zu wenig Menschen gibt, und zwar nicht nur in Umweltverbänden, die wirklich aktiv sind, sehe ich als großes Defizit. Die meisten Mitglieder sind eher passiv, zahlen ihren Beitrag und das war es. Damit mehr Menschen sich aktiv engagieren, sind aber die Voraussetzungen zu schaffen. Und das bedeutet auch ein anderes Miteinander zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen.

### Was könnte da ein Ansatz sein?

Dass man sich nicht abkapselt, dass das eigene Karrieredenken und die Fortentwicklung nicht im Vordergrund stehen, und man sich manchmal auch selbst infrage stellt. Die Nachwuchsarbeit muss gezielt gefördert werden, damit Leute mitwirken können. Ganz wichtig dabei ist Transparenz: dass man die Entscheidungsstrukturen klarmacht, nicht Dinge verheimlicht oder Informationen nicht gibt, um andere auszuschließen. Denn das ist einer der größten Stärken der Umweltverbände, die eigene Glaubwürdigkeit. Dafür müssen sie nach außen dokumentieren, wie Entscheidungen fallen, wo das Geld herkommt, wie sie sich finanzieren und was mit diesem Geld geschieht. Da gibt es noch großen Aufklärungsbedarf, weil natürlich die Bevölkerung zu Recht erwartet, dass die Umweltverbände, die ja auch einflussreicher geworden sind als früher, zeigen, wie sie arbeiten und vom wem sie finanziert werden.

### Welche Pläne hat der Privatmann Röscheisen?

Ich versuche natürlich weiter, das ein oder andere Sinnvolle anzustoßen. Und das soll auch ein bisschen Spaß machen. Also unnötigen Verbände-Hickhack tue ich mir nicht mehr an, sondern ich würde da und dort noch ein bisschen mithelfen, wo ich wirklich inhaltlich noch etwas bewegen kann. Und da ich bald auch Opa werde, habe ich natürlich auch auf privater Ebene noch die ein oder andere Aufgabe zu erfüllen. Es wird also ein Mix zwischen Privat- und Gemeinwohlintereessen sein.

[Interview: Marion Busch]

Dr. Helmut Röscheisen ist Generalsekretär des Deutschen Naturschutzbundes. Der Diplom-Kaufmann, Verwaltungswissenschaftler und Assessor ist seit vier Jahrzehnten im Naturschutz tätig.

**Kontakt:**  
Tel. +49 (0)30 /  
6781775-70  
E-Mail: [helmut.roescheisen@dnr.de](mailto:helmut.roescheisen@dnr.de),  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)



Kern der Verordnung ist eine Liste von Arten, die sich in einer frühen Phase der Ausbreitung befinden und die besonders negative Auswirkungen haben. Entgegen vorherigen Vorschlägen ist keine Beschränkung der Anzahl von Arten für die Liste vorgesehen. Die EU-Kommission soll im ersten Jahr nach Inkrafttreten der Verordnung einen ersten Entwurf der Liste vorlegen. EU-Mitgliedstaaten können jederzeit neue Arten vorschlagen, die dort aufgenommen werden sollen. Die gelisteten Arten dürfen dann nicht mehr erworben, verkauft, verwendet, freigesetzt oder in die EU eingeführt werden. Die Verordnung verpflichtet Mitgliedstaaten zudem, Aktionspläne zu formulieren und regelmäßig Bericht über die Ausbreitung von Arten und deren Eindämmungsmaßnahmen zu erstatten. Die Verordnung tritt voraussichtlich am 1. Januar 2015 in Kraft. [ej]

- ▶ [www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/envir/144948.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/envir/144948.pdf)
- ▶ [www.europa.eu/rapid/press-release\\_STATEMENT-14-286\\_en.htm](http://www.europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-14-286_en.htm)

### Bedrohte Vielfalt

## Ressourcenverbrauch und Artenschwund

■ Weltweit haben sich in den letzten 40 Jahren die Bestände wild lebender Tiere mehr als halbiert. Das geht aus dem Ende September veröffentlichten Living Planet Report 2014 des WWF hervor. Der Verlust natürlicher Lebensräume sowie die Verschlechterung von deren Zustand, der Klimawandel und die Ausbeutung der Natur durch Jagd und Fischerei sind laut WWF die Hauptgründe für den Rückgang von Arten und deren Populationsdichten.

Der Bericht zeigt auch den ökologischen Fußabdruck von Menschen in unterschiedlichen Ländern. Der ökologische Fußabdruck setzt den Ressourcenbedarf von Menschen ins Verhältnis zu den auf der Erde vorhandenen Ressourcen. Der Bedarf an Ressourcen steigt demnach kon-

tinuierlich an und überschreitet im weltweiten Mittel die vorhandenen Ressourcen um mehr als 50 Prozent. Um den weltweiten jährlichen Ressourcenverbrauch zu decken, benötigte die Menschheit derzeit eineinhalb Erden.

Der WWF fordert deshalb nachhaltige Lösungen, den Artenrückgang zu stoppen und Ressourcen angemessen zu nutzen. Sorgen bereiten ihm insbesondere die umweltpolitischen Entwicklungen in der EU. Denn die Deregulierungsagenda der neuen EU-Kommission würde den Umweltschutz in Europa zurückwerfen und Kerninstrumente des europäischen Umwelt- und Naturschutzes wie die Vogelschutzrichtlinie, die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und die EU-Biodiversitätsstrategie massiv bedrohen. Eine zukunftsfähige Umweltagenda zu schaffen, würde dabei versäumt, kritisiert der WWF.

Der Living Planet Report 2014 ist die zehnte Ausgabe des zweijährig erscheinenden Berichts. Er betrachtet die Entwicklungen von mehr als zehntausend Säugetierpopulationen im Zeitraum von 1970 bis 2010. [ej]

- ▶ [www.kurzlink.de/WWF300914](http://www.kurzlink.de/WWF300914)

### Bundeswaldinventur

## Regierung zieht Waldbilanz

■ Deutschlands Wälder sind älter, dichter und vielfältiger geworden. Das geht aus der dritten Bundeswaldinventur hervor, die das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) Anfang Oktober veröffentlicht hat. Dafür wurden mehr als 420.000 Bäume vermessen und mit den Daten der letzten Erhebung von 2002 verglichen.

Laut Bericht hat sich der Anteil von Laubbäumen erhöht. Deutsche Wälder bestehen etwa zur Hälfte aus Fichten (25 Prozent) und Kiefern (22 Prozent). 43 Prozent sind Mischwald. Zudem gibt es 18 Prozent mehr Totholz als noch 2002. Dieses ist eine wichtige Grundlage für Artenreichtum. Im Durchschnitt sind die Bäume in Deutschland 77 Jahre alt, 14 Prozent aller Bäume sind älter als 120 Jahre.

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) sieht die Ergebnisse positiv und möchte einen „deutschen Waldpakt“ schaffen, in dem staatliche und private Waldbesitzer nach dem Prinzip „Schützen durch Nützen“ die Wälder von morgen planen und widerstandsfähiger machen sollen.

Umweltverbände und die Grünen kritisieren hingegen, der Bericht würde über viele ökologische Probleme hinwegtäuschen, denn um das Klima zu schützen, bräuchten Wälder Schonung. Deshalb fordern sie ein Netz ungenutzter Waldflächen und sich selbst überlassene Urwälder. „Die Nutzung von 98 Prozent des Zuwachses in den Landeswäldern und in den Privatwäldern über 20 Hektar ist ein Grund, diese Entwicklung zu beobachten, um einer Trendwende hin zur Übernutzung vorzubeugen“, sagte Christoph Rullmann, Bundesgeschäftsführer der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW).

Bisher sind 1,9 Prozent der deutschen Wälder streng geschützt und aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen. Bis 2020 will die Bundesregierung jedoch fünf Prozent der Waldflächen dauerhaft nicht nutzen. Alle zehn Jahre überprüft das BMEL den Zustand deutscher Wälder. Von der aktuellen Inventur sind noch nicht alle Ergebnisse veröffentlicht worden. [ej]

- ▶ [www.bundeswaldinventur.de](http://www.bundeswaldinventur.de)
- ▶ Erklärung der Umweltverbände: [www.kurzlink.de/gp081014](http://www.kurzlink.de/gp081014)
- ▶ Mitteilung SDW: [www.sdw.de/cms/upload/presse/pressemeldungen\\_2014/08\\_10-14\\_Bundeswaldinventur.pdf](http://www.sdw.de/cms/upload/presse/pressemeldungen_2014/08_10-14_Bundeswaldinventur.pdf)

### TIERSCHUTZ & ETHIK

### Artgerechte Pflege

## Tipps zur Igelhilfe

■ Igel überleben den Herbst und Winter am besten in der freien Natur. Wer einen Garten hat und ihnen dabei helfen möchte, sollte dort das Laub liegen lassen und den Igel so einen Unterschlupf und Nahrung



bieten, rät der Deutsche Tierschutzbund. Der Einsatz von Laubsaugern und -bläsern hingegen sei sehr gefährlich, da die Igel dabei eingesaugt und getötet werden könnten. Zudem würden Durchgänge zu anderen Gärten den Igel mehr Freiheit bei der Nahrungssuche gewähren. Ansonsten empfiehlt der Tierschutzbund, die Tiere nur zu beobachten, nicht aber aus ihrer Umgebung zu nehmen. Lediglich kranke, schwache oder verletzte Igel und verwaiste Jungigel benötigten Hilfe. Man solle sich dafür aber erst beim Tierarzt oder Tierschutzverein informieren und vom Tierheim helfen lassen. [as]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-24, E-Mail: presse@tierschutzbund.de, www.tierschutzbund.de

## UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### Neue EU-Kommission

## EU-Parlament bestätigt Junckers Team

■ Die konservative EVP hat sich am 22. Oktober zusammen mit der sozialdemokratischen Fraktion und den Liberalen mehrheitlich für die EU-Kommission von Jean-Claude Juncker ausgesprochen. Grüne und Linke stimmten dagegen.

Die Abstimmung endete mit 423 Ja- und 209 Nein-Stimmen. Die neue Kommission wurde für fünf Jahre gewählt und kann nun wie geplant ihre Arbeit zum 1. November aufnehmen. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte vor der Abstimmung bei den Abgeordneten für sein Team geworben: Es werde effizienter und politischer sein als das vorherige. Die neue Kommission besteht zu einem Drittel aus Frauen. Die Hälfte der 27 Kommissarinnen und Kommissare kommt aus konservativen Parteien. Ein gutes Viertel der Posten bekommen die Sozialdemokraten, das verbleibende Viertel geht an die Liberalen. Die Juncker-Kommission wird eine

## Europawahl – Anhörungen der Kommissare im Parlament

### Halten die künftige EU-Kommission und das Europäische Parlament ihre Versprechen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern? Claus Mayr

Am 10. September 2014 hat der gewählte neue Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, die designierte EU-Kommission und seine Pläne für die nächsten fünf Jahre vorgestellt. Bereits am folgenden Tag protestierten die großen zehn Umweltverbände in Brüssel in einem offenen Brief an Juncker gegen diese Pläne. Die „Green 10“, die EU-weit immerhin über 20 Millionen Mitglieder und Förderer vertreten, kritisierten, dass die geplante Struktur der neuen Kommission, die Arbeitsaufträge („mission letters“) an die einzelnen Kandidaten und die Zuweisung mancher Ressorts („Bock zum Gärtner“) eine massive Herabstufung des Klima- und Umweltschutzes darstellen würden. Weder das in der Europa-2020-Strategie verankerte Nachhaltigkeitsprinzip, noch das erst 2013 vom Europäischen Parlament und Ministerrat verabschiedete 7. Umweltaktionsprogramm (7. UAP) seien in den Ressortzuständigkeiten und Arbeitsaufträgen verankert.

Nach Protestbriefen der Green 10 an die Europaabgeordneten, unterstützt von Schreiben der nationalen Partnerorganisationen an „ihre“ Abgeordneten, stellten sich Mitte September viele Parlamentarier und kurz vor Beginn der Anhörungen der Kandidaten im Parlament auch dessen Präsident Martin Schulz hinter die Kernforderungen der Verbände. Auch die Bundesregierung wies Juncker auf die Bedeutung der nachhaltigen Entwicklung und des im Januar in Kraft getretenen 7. UAPs hin. Zudem – das betonten auch etliche Industrieverbände gegenüber Juncker – würde die von ihm vorgesehene „Prüfung“ der „Zusammenlegung“ von Vogelschutz- und FFH-Richtlinie jahrelange Rechts- und Planungsunsicherheiten nach sich ziehen.

Bei den Anhörungen der Kandidaten im Parlament zwischen dem 29. September und dem 7. Oktober deuteten sich erste Erfolge an: Der maltesische Kandidat für das Amt des Umwelt- und Fischereikommissars, Karmenu Vella, wurde zwar nach seiner Anhörung in den beiden Ausschüssen bestätigt, die Abgeordneten rangen ihm aber ein klares Bekenntnis ab, bei Verstößen gegen EU-Recht, wie bei der Vogelschutzrichtlinie in Malta, genau so

streng vorzugehen wie gegen jeden anderen Mitgliedstaat. Zudem verlangten die Abgeordneten, dass Kommissionspräsident Juncker das 7. UAP im Portfolio von Vella und das Nachhaltigkeitsprinzip im Arbeitsauftrag des ihm übergeordneten Vizepräsidenten verankert, bevor das Parlament der neuen Kommission am Ende Oktober seine Zustimmung erteilen würde. Der umstrittene Kandidat für das Amt eines Klima- und Energiekommissars, Miguel Arias Cañete aus Spanien, stieß vor der Anhörung seine Anteile an Ölfirmen ab. Dies sowie seine Zusagen, sich engagiert für den Klimaschutz einzusetzen, genügte den Konservativen im EP, „ihren“ Kandidaten zu bestätigen; obwohl auch sie die Forderungen nach Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips und des 7. UAP in den Mandaten der künftigen Kommissare unterstützten.

Mitte Oktober wurde jedoch bekannt, dass die neue slowenische Kandidatin Violeta Bulc und der neue slowakische Kandidat für die Energieunion, Maroš Šefčovič, zwar in den zuständigen Ausschüssen angehört werden sollen, die Aufgabenteilung zwischen Šefčovič und dem inzwischen auch für das Klima zuständigen designierten obersten Vizepräsidenten der Kommission Frans Timmermans aber noch ungeklärt sei. Die verbindliche Verankerung der Nachhaltigkeit in Timmermans Auftrag fehlte noch. Auch für Vella war kein ergänztes Mandat bekannt. Die Green 10 haben daher noch einmal an Juncker und Schulz sowie an die Vorsitzenden der beiden großen Fraktionen appelliert, die offenen Punkte bis zur Bestätigung der künftigen Kommission im Plenum des Parlaments am 22. Oktober nachzubessern. Bei seiner Rede vor dem Parlament zur Bestätigung der neuen Kommission hat Juncker immerhin ausdrücklich auf die Bedeutung von Nachhaltigkeit und Ökologie für die Bürger verwiesen und betont, dass nachhaltige Entwicklung verpflichtend in den EU-Verträgen verankert ist. Wir werden ihn an seinen Worten messen!

**Claus Mayr arbeitet als Direktor für Europapolitik des NABU in Brüssel**

E-Mail: Claus.Mayr@NABU.de

neue Struktur und Arbeitsweise bekommen. Anstatt 27 gleichberechtigter Kommissare und Kommissarinnen wird es eine Rangordnung geben. Juncker wird einen ersten Vizepräsidenten bekommen. Seine rechte Hand soll der Holländer Frans Timmermans werden. Zudem wird es neben der Außenbeauftragten Mogherini noch fünf weitere Vizepräsidenten (VP) geben. Juncker sieht die VPs als Teamleader, denen die anderen Kommissare zuarbeiten sollen.

In seiner Rede vor dem Europäischen Parlament betonte Juncker, dass Timmermans die Verantwortung für nachhaltige Entwicklung übertragen werde, da nachhaltige Entwicklung ein in den europäischen Verträgen verankerter Grundsatz sei und von allen Organen bei allen Maßnahmen und Politiken berücksichtigt werde.

Die Europäischen Grünen lehnten die Kommission ab, da Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz nur eine untergeordnete Rolle spielen. Auch sei die Kommission bei der Verteilung der Ressorts nicht überzeugend gewesen. Die Kommissare Miguel Arias Cañete und Jonathan Hill „haben nach wie vor Interessenkonflikte, die mit ihren Zuständigkeiten unvereinbar sind“, sagte der Fraktionsvorsitzende Philippe Lamberts.

Die zehn größten Umweltverbände auf EU-Ebene (Green 10) kündigten an, der neuen Kommission genau auf die Finger

zu schauen. An dem Bekenntnis Junckers, das Thema Nachhaltigkeit ins Portfolio des Vizepräsidenten Timmermans aufzunehmen, wird sie gemessen werden. **[mk, bv]**

► EU-Kommission zur Wahl: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/14/1192)

► Green 10 Statement zur Wahl: [www.birdlife.org/europe-and-central-asia/policy/junckers-european-commission](http://www.birdlife.org/europe-and-central-asia/policy/junckers-european-commission)

### Bürokratieabbau

## Kahlschlag beim Umwelt- und Verbraucherschutz

■ Im Oktober hat Edmund Stoiber die Ergebnisse seiner 15-köpfigen Kommission zum Abbau von Bürokratie vorgestellt. Vier Mitglieder der Gruppe äußerten schwerwiegende Kritik an dem Bericht, der eine veraltete Deregulierungsagenda unterstützt. Die vier Mitglieder, die die Gewerkschaften, Umwelt-, Verbraucher und Gesundheitsgruppen repräsentieren, kritisierten insbesondere drei Punkte des Stoiber-Berichts:

- Das Setzen eines Ziels zur Reduzierung der Regulierungskosten
- Die Einführung neuer regulatorischer Lasten, um existierende Lasten abzubauen

- Die Ausnahme von kleinen und mittleren Unternehmen von EU-Verpflichtungen

Pieter de Pous, Politikdirektor des Europäischen Umweltbüros, sagte: „Die Stoibergruppe propagiert Deregulierung als Rezept für mehr Jobs und Wachstum. Diese Empfehlungen würden Europa 30 Jahre zurückwerfen, sollten sie umgesetzt werden. Sie finden nur die Zustimmung rückwärtsgerender Business-Lobbyisten, nicht die der Bürgerinnen und Bürger und der zukunftsfähigen Industrie.“

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) warnte vor einem Kahlschlag beim Umwelt-, Verbraucher-, Gesundheits- und Arbeitsschutz. „Unter dem wohlfeilen Deckmantel des Bürokratieabbaus zeigt der ehemalige CSU-Chef sein wahres Gesicht. Die Interessen des Gemeinwohls sollen auf dem Altar von Wirtschaftsinteressen geopfert werden“, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. Kein vernünftiger Mensch habe etwas dagegen, bestehende Vorschriften zu streichen, die unnötig oder veraltet sind oder ihren Zweck nicht mehr erfüllen. Auch lassen sich Regelungen vereinfachen, betonte Röscheisen. Dies dürfe aber nicht dazu führen, dass willkürliche Ziele für den pauschalen Abbau von Bürokratiekosten gesetzt werden oder neue Regelungen nur beim Abbau vorhandener Regelungen möglich sein sollen. Vielmehr müssten

# Nachhaltigkeit

## A-Z



# T wie Tiefgang

Trotz aller gesellschaftlichen Diskussionen wachsen die Müllberge dieser Erde weiterhin und die Zahl jener, die verarmen und an Hunger leiden, steigt. Es ist daher Zeit für einen grundlegenden Perspektivenwechsel und eine Suche nach den Ursachen unseres ruinösen Wirtschafts- und Lebensstils. Wir müssen die Beziehung zu unseren natürlichen Lebensgrundlagen wieder vertiefen – um dadurch anders wirtschaften und leben zu können. Subsistenzperspektive und Tiefenökologie sind wesentliche Grundlagen des notwendigen Wertewandels.

Elisabeth Loibl  
**Tiefenökologie. Eine liebevolle Sicht auf die Erde**  
 166 Seiten, broschiert, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-694-8

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de) | [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

durch entsprechende Vorschriften zukünftig stärker als bisher externe Kosten auf die Verursacher abgewälzt werden. „Es ist entlarvend, dass den jährlich einzusparenden Bürokratiekosten in Höhe von 41 Milliarden Euro keine Angaben über den Nutzen der Vorschriften gegenübergestellt werden, die ein Mehrfaches dieses Betrages betragen dürften“, monierte Röscheisen. Keinesfalls könne der Vorschlag akzeptiert werden, durch ein vorzeitiges Ausmauscheln von Entscheidungen in Hinterzimmern Verfahren in undemokratischer Weise zu beschleunigen. Unnötig sei zudem der Vorschlag, bei der nationalen Umsetzung von EU-Regelungen besonders darauf hinzuweisen, wenn über deren Anforderungen hinausgegangen wird.

Die High-Level-Gruppe zum Bürokratieabbau nahm 2007 unter Edmund Stoiber die Arbeit auf, um die EU-Kommission bei der Reduzierung von Verwaltungslasten der Wirtschaft und anderer Interessenvertreter zu unterstützen. In ihrem Endbericht hat die Gruppe Schlussfolgerungen und Ratschläge für die Zukunft verabschiedet. **[hr, bv]**

- ▶ EEB zu Stoiber-Bericht: [www.kurzlink.de/eeb-2014-10-stoiber](http://www.kurzlink.de/eeb-2014-10-stoiber)
- ▶ DNR zu Stoiber-Bericht: [www.dnr.de/presse/presseinformation-14102014.html](http://www.dnr.de/presse/presseinformation-14102014.html)
- ▶ EU-Kommission zu Stoiber-Bericht: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/14/1116)

## Lobbyismus

### Neue „LobbyFacts“ online

■ Ende September hat die Organisation LobbyControl das Lobbytransparenz-Portal LobbyFacts.eu präsentiert. Das Rechercheportal ermöglicht interessierten BürgerInnen einen Einblick in die Brüsseler Lobbyarbeit. So bietet die Internetseite eine gefilterte Suche nach Lobbyakteuren, Statistiken, Analysen und News an. Dabei werden neben interessanten Zusammenhängen auch Fehler und fehlende oder ungläubhafte Informationen und Daten im EU-Transparenzregister deutlich.

Sven Giegold, stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Verfassungsfragen für die Grüne Fraktion im Europaparlament findet es „peinlich für die EU-Kommission, dass Nichtregierungsorganisationen ihre Arbeit machen müssen“. EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker müsse das EU-Transparenzregister unverzüglich korrigieren und verbindlich machen. **[as]**

- ▶ LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie, Max Bank, Köln, [www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de)
- ▶ Sven Giegold zu LobbyFacts: [www.sven-giegold.de/2014/lobbyfacts](http://www.sven-giegold.de/2014/lobbyfacts)

## Transparenz

### EU Integrity Watch online

■ Im Oktober ist die EU Integrity Watch Datenbank von Transparency International gestartet. Sie fasst Einkünfte und Aktivitäten der EU-ParlamentarierInnen außerhalb ihrer Mandate zusammen.

Demnach verdienen 398 Mitglieder des Europäischen Parlaments zusammen zusätzlich zu ihren Verdiensten als Abgeordnete zwischen 5,8 und 18,3 Millionen Euro jährlich. Die Informationen spiegeln den starken Anteil privater Interessen der Abgeordneten wider. Transparency International fordert deshalb mehr Transparenz über Nebenbeschäftigungen und Einnahmen. Die Bürgerinnen und Bürger hätten ein Recht zu wissen, welche privaten Interessen ihre europäischen VertreterInnen haben.

Transparency International empfiehlt dem Europäischen Parlament, klarere Vorgaben zum Ausfüllen der Erklärungen zu machen. Die Informationen müssten detaillierter und in alle europäischen Sprachen übersetzt sein. Außerdem sollte ein unabhängiges Ethikkomitee auch Sanktionen gegen Falschangaben durchsetzen. **[as]**

- ▶ Transparency International EU Office, Brüssel, Alison Coleman, Tel. + 32 (0)28 93 24 64, Fax: -69, E-Mail: [acoleman@transparency.org](mailto:acoleman@transparency.org), [www.transparencyinternational.eu](http://www.transparencyinternational.eu)
- ▶ [www.integritywatch.eu](http://www.integritywatch.eu)

## Crowdfunding

### EcoCrowd startet für die Umwelt

■ Die Deutsche Umweltstiftung will Ende Oktober (nach Redaktionsschluss) die Crowdfundingplattform EcoCrowd starten. Bei EcoCrowd können Initiatoren ihre ökologischen Projekte anmelden. Finden sich genügend Menschen, die ein solches Projekt finanzieren und realisieren, bekommen die Unterstützer eine Gegenleistung, wie zum Beispiel eine Einladung zur Eröffnung des Projekts oder dessen Ergebnis. Kann das Projekt nicht umgesetzt werden, erhalten die Unterstützer ihr Geld zurück.

„Es gibt viele innovative, gute Ideen und Projekte, für die Banken und andere Finanzierer kein Geld geben wollen. Die möchten wir fördern“, meint die Deutsche Umweltstiftung. Dabei wird sie wiederum vom Bundesumweltministerium und dem Umweltbundesamt unterstützt.

Etwa 100 Anfragen für eine Finanzierung über EcoCrowd gibt es bereits. Doch nur höchstens zehn von ihnen werden zum Start der EcoCrowd online gestellt. Welche das sind, entscheiden auch die von Experten aufgestellten Nachhaltigkeitskriterien, die jedes Projekt erfüllen muss. **[as]**

- ▶ [www.klimaretter.info/umwelt/hintergrund/17388](http://www.klimaretter.info/umwelt/hintergrund/17388)
- ▶ [www.deutscheumweltstiftung.de](http://www.deutscheumweltstiftung.de)

## Antikorruption

### Lobbying in Deutschland

■ Transparency International hat im Oktober eine Studie zu „Lobbying in Deutschland“ vorgestellt. Die Organisation gegen Korruption verlangt mehr Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen und eine wirksame Regulierung des Lobbyismus in Deutschland. Dafür hat die Organisation zehn Forderungen aufgestellt. So solle es dreijährige Karenzzeiten für PolitikerInnen geben, die in die Wirtschaft wechseln. Zudem müssten ein verpflichtendes Lobby-

register und ein Verhaltenskodex für deutsche Lobbyisten erstellt werden. Für Verstöße gegen diesen Kodex müsse es Sanktionen sowie einen Kontroll- und Transparenzauftrag geben. Außerdem sei eine „legislative Fußspur“ zur Nachverfolgung von Interessenvertretungen in der Politik nötig. „Damit würde öffentlich gemacht, welche Interessen an welchen Gesetzen vor allem in den Ministerien mitgewirkt haben“, meint Edda Müller, Deutschland-Chefin von Transparency International. [as]

► PM Transparency international: [www.kurzlink.de/transparency2014-10](http://www.kurzlink.de/transparency2014-10)

#### Karenzzeiten

### Regeln für Wirtschaftswechsel

■ Im Oktober sind die Oppositionsfraktionen mit ihren Anträgen zur Einführung einer Karenzzeit für ehemalige Regierungsmitglieder im Innenausschuss gescheitert. Zuvor hatten sich die Fraktionsspitzen von Union und SPD auf Regeln für einen Wechsel in die Wirtschaft geeinigt. Demnach wird jeder Einzelfall von dem Bundeskabinett auf mögliche Interessenkonflikte hin überprüft. Bei Interessenkonflikten soll eine Karenzzeit von zwölf Monaten gelten. In besonderen Fällen kann die Übergangszeit 18 Monate dauern. Die Regierung soll nun dazu einen Gesetzentwurf vorlegen.

Gemeinsam mit verschiedenen Nichtregierungsorganisationen haben die Grünen eine Karenzzeit von drei Jahren gefordert. Dadurch sollen privatwirtschaftliche Tätigkeiten als „Dank für während der Regierungszeit geleistetes Entgegenkommen“ verhindert werden. Der Verein LobbyControl kritisiert, dass die guten Kontakte zur Regierung und das Insiderwissen gezielt von Unternehmen eingekauft würden. Im Januar dieses Jahres hat der Verein eine Unterschriftenaktion gestartet, die immer noch läuft. [jb]

► [www.bundestag.de/presse/hib/2014\\_10/-/333490](http://www.bundestag.de/presse/hib/2014_10/-/333490)  
 ► [www.lobbycontrol.de/2014/09/](http://www.lobbycontrol.de/2014/09/)

#### VERKEHR & TOURISMUS

#### Kraftstoffe

### Weniger CO<sub>2</sub> aus dem Tank

■ Die Europäische Kommission will Anbieter von Straßenverkehrskraftstoffen dazu verpflichten, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um sechs Prozent zu verringern. Einen dementsprechenden Vorschlag hat sie Anfang Oktober verabschiedet.

Der Vorschlag soll die Verpflichtungen aus der im Jahr 2009 erfolgten Änderung der Richtlinie über die Qualität von Kraftstoffen umsetzen. Er beinhaltet auch eine Methodik zur Berechnung der CO<sub>2</sub>-Intensität verschiedener Kraftstoffarten (Benzin, Diesel, Flüssiggas) und komprimierten Erdgases. Zudem will die Kommission mehr Transparenz über die Art und den Ursprung der in der Europäischen Union verwendeten Kraftstoffe schaffen. Deshalb erwartet sie von den Anbietern, dass sie den Mitgliedstaaten regelmäßig Angaben zur Treibhausgasintensität der von ihnen gelieferten Kraftstoffe übermitteln.

Mit dem Vorschlag führt die Kommission die in der Richtlinie über die Qualität von Kraftstoffen geforderte Norm für CO<sub>2</sub>-arme Kraftstoffe ein. Der Rat muss zustimmen. Dann geht die Richtlinie zur Prüfung an das Europäische Parlament.

Auch der Bundestag hat Anfang Oktober mit der Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes neue Treibhausgasemissionswerte für Diesel und Benzin beschlossen und die Biokraftstoffquote auf eine Treibhausgasquote umgestellt. Demnach soll ab 2015 der Treibhausgasausstoß durch die Beimischung von Biokraftstoffen bei Benzin und Diesel um 3,5 Prozent, ab 2017 um 4 Prozent und ab 2020 um 6 Prozent gesenkt werden. [Quelle: UWD, ej]

► [www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/neu/cont.pl?contentart=eunews&id=4771](http://www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/neu/cont.pl?contentart=eunews&id=4771)  
 ► [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/14/1095)  
 ► [www.bundestag.de/presse/hib/2014\\_10/-/333364](http://www.bundestag.de/presse/hib/2014_10/-/333364)

#### Alternative Infrastruktur

### EU-Staaten müssen E-Tankstellen bauen

■ Ende September hat die EU-Kommission Rahmenregeln für Tankstellen für alternative Kraftstoffe beschlossen. Umweltverbänden geht der Beschluss nicht weit genug. Die Regeln beinhalten einheitliche Standards für die Nutzung und das Design der Ladestationen und Tankstellen sowie die Anschlüsse zum Aufladen von E-Autos. Es umfasst Regelungen für elektrische Fahrzeuge, verflüssigtes sowie komprimiertes Erdgas und Wasserstoff. Die Vereinheitlichung der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe soll Rechtssicherheit für Fahrzeughersteller schaffen und Investitionen initialisieren. Mitgliedstaaten müssen bis Ende 2016 nationale Rahmenpläne vorlegen und beispielsweise eine angemessene Anzahl von Ladestationen pro Land vorschlagen. Darüber hinaus sind keine EU-weiten Maßnahmen vorgesehen.

Der europäische Verkehrs- und Umweltverband Transport & Environment (T&E) kritisierte, die Regelung sei ein Papiertiger, da sie keine verbindlichen Zielwerte festlege, die Wettbewerbsfähigkeit alternativer Kraftstoffe nicht stärke und somit nicht zur Dekarbonisierung des Verkehrssektors beitrage. „Es ist bedauerlich, dass die Regierungen sich nicht auf verbindliche Ziele für eine CO<sub>2</sub>-arme Verkehrsinfrastruktur einigen konnten. Europa kann und sollte das besser machen, eine umfassende Strategie für E-Mobilität vorlegen und seine Erdölimporte sowie CO<sub>2</sub>-Emissionen so schnell wie möglich reduzieren“, sagte Greg Archer von T&E. [ej]

► [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/14/1053)  
 ► [www.kurzlink.de/te290914](http://www.kurzlink.de/te290914)

#### Riesenlaster

### Dobrindt zieht positive Bilanz

■ Im September hat das Bundesverkehrsministerium (BMVI) den ersten Zwischenbericht zum Feldversuch mit Riesen-Lkws



in Deutschland veröffentlicht. Demnach seien Effizienzgewinne und Kraftstoffersparnisse zwischen 15 und 25 Prozent erreicht worden. Dabei sei keine Verlagerung des Verkehrs von der Schiene auf Straße beobachtet worden.

Sogenannte Lang-Lkws sind bis zu 25,25 Meter lang und wiegen bis zu 60 Tonnen. Durch die Testläufe will das BMVI die Einführung der Transporter in Deutschland vorbereiten. Während Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) sich erfreut über die vermeintlich positiven Ergebnisse zeigte, kritisieren Umweltverbände und die Grünen den Zwischenbericht. Bereits bei den im Bericht ausgewerteten Fahrten von lediglich 37 Lkws sind mehrere Unfälle aufgezeichnet worden.

„Lkw-Maut senken, neue Straßen bauen und jetzt auch noch der Persilschein für den Gigaliner im gesamten Fernstraßennetz. Die Bundesregierung verbessert einseitig die Wettbewerbsbedingungen für den Güterverkehr auf der Straße und steuert in die verkehrspolitische Sackgasse. Notwendig wäre ein Kapazitätsausbau im Schienengüterverkehr, damit mehr Verkehr über die Bahn abgewickelt werden kann“, sagte Stephan Kühn, Sprecher für Verkehrspolitik bei den Grünen.

Der Feldversuch wurde 2012 gestartet und läuft noch bis Ende 2016. Die Bun-

desanstalt für Straßenwesen begleitet ihn wissenschaftlich. [ej]

► [www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/LA/lang-lkw-feldversuch.html](http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/LA/lang-lkw-feldversuch.html)

► [www.kurzlink.de/gruene-riesenlkw2014](http://www.kurzlink.de/gruene-riesenlkw2014)

## WASSER & MEERE

### Gerichtsurteil

## Elbvertiefung vorerst gestoppt

■ Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig verkündete Anfang Oktober, dass der Planfeststellungsbeschluss für die Elbvertiefung an mehreren Stellen Fehler aufweist. Die Umweltverbände BUND, NABU und WWF haben gegen die Hamburger Wirtschaftsbehörde und gegen die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt Nord geklagt. Aus der Sicht der UmweltschützerInnen werden in der Planung der Elbvertiefung wichtige Vorgaben des Europäischen Umweltrechts missachtet.

Das Bundesverwaltungsgericht kann das Verfahren aber noch nicht abschließen, da es noch eine Entscheidung des Europä-

ischen Gerichtshofs zum EU-Wasserrecht im Frühjahr 2015 erwartet. Die Umweltverbände sehen sich in ihrer Auffassung gestärkt: „Wir begrüßen natürlich, dass das höchste deutsche Gericht viele unserer Kritikpunkte an der Planung bestätigt hat. Auch können wir nachvollziehen, dass die EU-Vorschriften sorgfältig geprüft und vom Europäischen Gerichtshof ausgelegt werden sollen, weil die Entscheidung eine Signalwirkung für viele Flüsse hat.“ Die Umweltschützer befürworten die Idee einer Kooperation zwischen den drei norddeutschen Häfen. Es sei unverantwortbar, die Elbe und deren einzigartige Natur für wenige Großcontainerschiffe weiterzuzerstören, während im seeschifftiefen Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven Kurzarbeit herrsche. [mk]

► [www.kurzlink.de/NABU-Elbvertiefung](http://www.kurzlink.de/NABU-Elbvertiefung)

### Geoforschung

## Smog lässt Flusspegel steigen

■ Ein internationales Forscherteam hat meteorologische Daten des letzten Jahrhunderts aus Europa und Nordamerika analysiert. Sie fanden einen Zusammenhang zwischen starker Luftverschmutzung und den Wasseranstieg in Flüssen.



## Dem MURKS ein Ende setzen

Murks sind Drucker, die plötzlich ihren Betrieb einstellen oder Küchengeräte, die nach wenigen Minuten heiß laufen. Für Stefan Schridde, Initiator der Bewegung MURKS? NEIN DANKE!, steht fest, dass derartige »Fehler« häufig Teil des Geschäfts sind. Was ist dran am Vorwurf des »eingebauten Defekts«? Mit haarsträubenden Geschichten entführt uns Schridde in eine Welt, in der mit allen Tricks versucht wird, Reparaturen zu erschweren und Geräte nach kurzer Zeit unbrauchbar zu machen – und zeigt gleichzeitig auf, wie wir dem Murks ein Ende setzen können.

Stefan Schridde

### Murks? Nein danke!

Was wir tun können, damit die Dinge besser werden

256 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-671-9  
Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de), [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft



Der Grund sei die geringe Sonnenlichtmenge, die den Erdboden erreichte. Das führte dazu, dass weniger Wasser aus dem Boden verdampfte als bei klarer sauberer Luft. Die Folge war mehr Wasser im Boden und somit mehr Wasser in den Flüssen.

Nicola Gedney von der britischen Wasserbehörde MET Office meint dazu: „Nach unserer Schätzung führte dieser Effekt dazu, dass in stark verschmutzten Bereichen Europas die Wassermenge um bis zu 25 Prozent anstieg.“ Umgekehrt verdampft mehr Wasser bei sauberer Luft. Das Problem der Wasserknappheit tritt auf, aber auch das Phänomen der verstärkten Wolkenbildung. Wolkenbildung hat wiederum eine kühlende Wirkung auf die Atmosphäre und kann so der Erderwärmung entgegenwirken. [mk]

► [www.kurzlink.de/Geoscience2014](http://www.kurzlink.de/Geoscience2014)

#### Australiens Küste

### Von Plastik wird kein Vogel satt

■ Einer neuen Studie zufolge hat die Hälfte aller untersuchten Seevögel an Australiens Küste Plastikteile im Magen. Die

WissenschaftlerInnen der Commonwealth Scientific and Industrial Research Organisation (CSIRO) haben in Intervallen von jeweils etwa 100 Kilometern Stichproben an 170 Orten genommen. Sie kommen zu dem Schluss, dass bei weiterhin steigender Kunststoffproduktion nahezu alle Vögel Plastikmüll enthalten werden.

Anders als Möwen können viele Seevögel den Plastikmüll nicht wieder auswerfen. Viele verderben sich den Magen und gehen daran zugrunde. Andere Meeresbewohner wie Wale, Krokodile oder Krustentiere sind der Bedrohung ebenfalls ausgesetzt. Laut CSIRO sei davon auszugehen, dass weltweit jede dritte Schildkröte Plastik im Magen habe. [mk]

► [www.kurzlink.de/Plastik-im-Bauch](http://www.kurzlink.de/Plastik-im-Bauch)

#### Klimawandel

### Don't worry, Kalkalge

■ Die einzellige Meereralge *Emiliania huxleyi* kann sich laut Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des GEOMAR Helmholtz-Zentrums für Ozeanforschung in Kiel sehr gut den klimatischen Bedingungen der Zukunft anpassen. Die für die Kohlenstoffspeicherung wichtigen Lebewesen können sich gleichzeitig auf Oze-

anversauerung und steigende Wassertemperaturen einstellen.

*Emiliania huxleyi* vermehrt sich innerhalb von einem Tag durch Zellteilung. So konnte bei der Langzeituntersuchung nach einem Jahr und nach etwa 460 Algen-Generationen gezeigt werden, wie gut sich die Spezies an 26 Grad Celsius warmes Wasser und den höchstmöglichen Grad an Versauerung anpasst. Teilweise produzierten die angepassten Kulturen etwa doppelt so viele Kalkblättchen wie die Kontrollgruppe mit einer Wassertemperatur von 15 Grad und normaler CO<sub>2</sub>-Konzentration.

Einzellige Kalkalgen sind wichtig für das Ökosystem im Meer, denn „sie transportieren nach ihrem Absterben oder in Kotballen Kohlenstoff in den tiefen Ozean, wo dieser langfristig gespeichert wird“, heißt es in der Studie. [mk]

► [www.kurzlink.de/Kalkalge-2014](http://www.kurzlink.de/Kalkalge-2014)

#### Industrieabwässer

### Die Suppe bleibt versalzen

■ Der Düngemittelkonzern K+S hat sich mit der hessischen Landesregierung geeinigt, weiterhin salziges Abwasser in Flüsse zu leiten. Statt der Einleitung in die Werra wird eine 140 Kilometer lange Pipeline das



## Wie sich Zukunft gestalten lässt

Wenn immer es um Zukunftsfragen geht, kommt man an Harald Welzer nicht vorbei, er gilt als einer der wichtigsten Vordenker einer »anderen Moderne«. Mit Bernd Sommer legt er nun das erste umfassende Konzept für den gesellschaftlichen Wandel vor: Wie lässt sich eine Kultur des Weniger gestalten? Liegt die Lösung in einer Wiederentdeckung alter Sozial- und Wirtschaftsformen? Das Buch liefert eine spannende Vision unserer Zukunft – sie wäre genügsamer, aber auch stabiler, und sie wäre ein Gewinn an Lebensqualität durch Befreiung von Überfluss.

H. Welzer, B. Sommer

**Transformationsdesign**

Wege in eine zukunftsfähige Moderne

240 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-662-7

Die guten Seiten der Zukunft



Salzwasser ab 2021 vom nordhessischen Bergbaurevier in die Oberweser pumpen. Das Dax-Unternehmen soll eine weitere Reinigungsanlage bauen, darf aber weiterhin Abwässer in den Untergrund verpressen.

Obwohl die Grünen im Koalitionsvertrag mit der CDU in Hessen angekündigt haben, die enorme Belastung der Werra und des Grundwassers dauerhaft beenden zu wollen, scheint die erzielte Einigung mit K+S die grüne Umweltministerin Priska Hinz zufriedenzustellen: „Ich glaube, dass es eine gute Gesamtlösung ist.“ Der BUND Hessen kritisierte, „dass die in den Untergrund versenkte Salzlauge nicht ortsfest ist, sondern im Laufe der Jahre in die Fließgewässer eindringt“.

[mk]

► [www.kurzlink.de/PM-Hessen-2014](http://www.kurzlink.de/PM-Hessen-2014)

## Fischfangquoten

### Plan für die Ostsee

■ Es ist die erste Langfriststrategie in der Gemeinsamen Fischereipolitik. Laut EU-Kommission soll der Bewirtschaftungsplan eine bessere Planbarkeit für die Fischer sowie hohe, stabile und nachhaltige Fangmengen gewährleisten. Zudem sollen die Mitgliedstaaten zusammen mit den Beiräten stärker in den Prozess der Bestandsbewirtschaftung eingebunden werden. Der Plan gilt für Dorsch-, Herings- und Sprottenbestände. Über den Plan wird nun mit dem Europäischen Parlament und dem Rat weiter beraten.

[mk]

► [europa.eu/rapid/](http://europa.eu/rapid/) (Search: IP/14/1097)

## Ökosysteme

### Invasive Arten vermehrt im Mittelmeer

■ Einer Studie zufolge sind in den letzten 150 Jahren im Mittelmeer rund 1000 neue Pflanzen- und Tierarten hinzugekommen. Grund für die zunehmende Artenvielfalt

ist zum einen der Suezkanal, der das Mittelmeer mit dem Roten Meer und dem Indischen Ozean verbindet, und zum anderen Ballastwasser aus den Frachtschiffen.

Die im Fachjournal *Frontiers in Marine Science* erschienene Untersuchung konnte an 37 Orten nachweisen, dass besonders durch die Öffnung des Suezkanals 400 fremde Fisch- und Weichtierarten ins Mittelmeer gelangten. Obwohl der Kanal vor 145 Jahren erbaut wurde, kam der Großteil der Invasoren erst vor 50 Jahren ins mediterrane Gewässer.

Ein weiterer Grund für die Zunahme von invasiven Arten sind Frachter. Die Frachtschiffe pumpen sogenanntes Ballastwasser in ihren Rumpf, um bei Fahrten ohne Ladung stabil zu bleiben. Das Ballastwasser enthält dann oft verschiedene exotische Arten. Laut der WissenschaftlerInnen decken sich die Daten mit denen der Schifffahrtsrouten. Allgemein ist zu bemerken, dass die Dichte der invasiven Arten vom Südosten des Mittelmeers (Suezkanaleingang) nach Nordwesten hin abnimmt. Ausnahmen bilden die Küstengebiete bei Venedig (Italien) und Montpellier (Frankreich). Invasive Arten können für lokale Ökosysteme eine Gefahr darstellen, da sie einheimische Pflanzen- oder Tierarten verdrängen.

[mk]

► [www.journal.frontiersin.org/Journal/10.3389/fmars.2014.00032/full](http://www.journal.frontiersin.org/Journal/10.3389/fmars.2014.00032/full)

## WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

### CETA-Abkommen

#### Paraphierung verschoben?

■ Die Bundesregierung hat Ende September ihre Position zum Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) verdeutlicht. Das CETA sei als gemischtes Abkommen einzustufen. Hiermit stellt sich die Bundesregierung gegen die Position der EU-Kommission, die das CETA als ein Abkommen reiner EU-Kompetenz verabschieden möchte, um so nicht auf die

Zustimmung der nationalen Parlamente angewiesen zu sein. Die Bundesregierung beruft sich in ihrer Position auf ein im Auftrag des Bundeswirtschaftsministerium erstelltes Gutachten.

Das CETA-Abkommen stand eigentlich kurz vor dem Abschluss; für den 26. September war die Paraphierung des Abkommens während des EU-Kanada-Gipfels in Ottawa geplant. Die Tagesschau berichtete, dass die lang angekündigte Unterzeichnung vorläufig „auf Eis“ läge. Laut Aussagen der EU-Kommission verlaufe der Ratifizierungsprozess jedoch weiter nach Plan.

In der gleichen Woche sprach sich der Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie gegen einen Verzicht auf die stark umstrittenen Investor-Staat-Klagen beim CETA und beim ebenfalls geplanten Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA aus. Die Mehrheit der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD stimmte gegen einen Antrag der Grünen-Fraktion mit dem Titel „Für einen fairen Handel ohne Klageprivilegien für Konzerne“.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im EU-Parlament Rebecca Harms sagte: „Die deutsche Bundesregierung muss im Europäischen Rat verhindern, dass der EU-Kommissionspräsident an diesem Freitag das Freihandelsabkommen mit Kanada, CETA, besiegelt. Sonst wird es äußerst schwierig, noch etwas an dem Text zu verändern, der die umstrittenen Schiedsgerichte für private Investoren zulässt und die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass hormonbelastetes Fleisch in die EU importiert wird. Europäische Normen für Verbraucher- und Umweltschutz werden so unterlaufen. Wenn die Bundesregierung das bei CETA zulässt, ist das auch ein Freibrief für TTIP, das Handelsabkommen mit den USA, das zurzeit noch verhandelt wird. Auch hier geht es darum, wie die Schiedsgerichte und die Abschwächung europäischer Schutznormen verhindert werden können.“

[lr]

► [www.kurzlink.de/bmwi-ceta-gutachten](http://www.kurzlink.de/bmwi-ceta-gutachten)  
 ► [www.bundestag.de/presse/hib/2014\\_09/-/330642](http://www.bundestag.de/presse/hib/2014_09/-/330642)  
 ► [www.kurzlink.de/pm-eu-kanada-gipfel](http://www.kurzlink.de/pm-eu-kanada-gipfel)

TTIP- und CETA-Abkommen

## Selbst sind die Bürgerinnen und Bürger

■ Ein europaweites Bündnis von mehr als 240 Organisationen hat im Oktober eine selbst organisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen die geplanten Handelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) gestartet. Nachdem die EU-Kommission den Antrag des Bündnisses auf eine offizielle EBI im September abgelehnt hatte, beschloss das Bündnis namens „Stop TTIP!“, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Wie bei einer offiziellen EBI sollen innerhalb eines Jahres eine Million Unterschriften gesammelt werden, um so den Druck auf die politischen Entscheidungsträger zu erhöhen. Nach einer Woche waren bereits über 600.000 Unterschriften zusammengekommen, sagte Alessa Hartmann vom Bündnis TTIP unfairHandelbar.

Die Entscheidung der EU-Kommission erntete derweil viel Kritik: „Diesen Rückfall der EU-Kommission in vordemokratische Zeiten nehmen Millionen überzeugte Europäer mit Erschrecken zur Kenntnis“, so BUND-Vorsitzender Hubert Weiger. Das Bündnis kritisiert vor allem die umstrittenen Investor-Staat-Klagen, die in beiden Abkommen enthaltenen Kapitel zur regulatorischen Kooperation, sowie die Gefährdung von Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards. Daher fordert das Bündnis die Europäische Union dazu auf, die Verhandlungen zum TTIP zu stoppen und das CETA-Abkommen nicht zu ratifizieren. [lr]

- ▶ [www.stop-ttip.org/de](http://www.stop-ttip.org/de)
- ▶ [www.kurzlink.de/ablehnung-ebi-ttip](http://www.kurzlink.de/ablehnung-ebi-ttip)
- ▶ Alessa Hartmann, [www.ttip-unfairhandelbar.de](http://www.ttip-unfairhandelbar.de)

Konfliktrohstoffe

## EU muss handeln

■ Eine internationale Nichtregierungs-koalition aus Menschenrechtsgruppen um Global Witness und Amnesty Internatio-

nal hat die Europäische Union aufgefordert, den Handel mit Konfliktrohstoffen zu unterbinden.

Der Aufruf kam wenige Wochen, bevor der Ausschuss für Internationalen Handel des Europäischen Parlaments seine Entscheidung zum Verordnungsentwurf der EU-Kommission von März 2014 bekannt gibt (umwelt aktuell 04/2014, S. 28). Dem Vorschlag zufolge soll ein EU-System zur freiwilligen Selbstzertifizierung für Importeure von Zinn, Wolfram, Tantal und Golderzen geschaffen werden. Global Witness und die übrigen Mitstreiterinnen und Mitstreiter fordern jedoch ambitioniertere Gesetze. So müsse es verbindliche Regelungen geben und mehr Unternehmen sowie weitere Rohstoffe von dem neuen Gesetz betroffen sein. Derzeit soll der Gesetzesvorschlag nur für Unternehmen gelten, die die Stoffe direkt in die EU importieren.

„Im Moment haben wir keine Möglichkeit zu erfahren, was Unternehmen tun, um diese Konfliktfinanzierung zu vermeiden“, sagte Michael Gibb von Global Witness. „Die EU hat angekündigt, dieses Problem entschlossen anzugehen. Doch der vorliegende Gesetzesentwurf beinhaltet lediglich, dass Unternehmen freiwillig eine Prüfung und Offenlegung der Rohstoffquellen vornehmen können. Studien zeigen jedoch, dass Unternehmen nur dann ihre Zulieferketten kontrollieren, wenn sie dazu verpflichtet sind. Um es ganz deutlich zu sagen: Diese Gesetzgebung wird nicht dazu beitragen, den Handel mit Konfliktmineralien einzudämmen.“

Die Rohstoffe werden vorwiegend in elektronischen Geräten wie Handys und Laptops, oder auch in Autos und Glühbirnen verarbeitet. Insbesondere in Kolumbien, der Demokratischen Republik Kongo und in der Zentralafrikanischen Republik ist es in der Vergangenheit immer wieder zu gewalttätigen Konflikten gekommen. Allein im letzten Jahr war die EU für ein Viertel des weltweiten Handels mit Zinn, Wolfram, Tantal und Golderzen verantwortlich. [lr]

- ▶ [www.globalwitness.org/conflictminerals](http://www.globalwitness.org/conflictminerals)



Seit 23 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 23,- (für Studierende € 17,50).

**Kostenloses Probeabonnement!**

**Mit Beiträgen zu:**

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik



**Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abbestellungen:**  
 Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/813909-11  
 E-mail: [reinhard.waechter@aau.at](mailto:reinhard.waechter@aau.at)  
 Web: [www.ifz.aau.at/sote](http://www.ifz.aau.at/sote)



## DNR INTERN

Mitgliederversammlung**Weichen stellen für 2015**

■ Am 29. November findet die jährliche Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzrings statt. Der Präsident des DNR Hartmut Vogtmann wird die Versammlung eröffnen. Im Anschluss steht eine politische Rede von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks auf dem Programm. Der langjährige Generalsekretär Helmut Röscheisen wird auf der Mitgliederversammlung verabschiedet und seine Nachfolgerin wird vorgestellt.

Die Tagesordnung sieht neben dem Jahresbericht und dem Haushalts- und Wirtschaftsplan für die kommenden Jahre unter anderem die Änderung der Satzung und Aufnahmeanträge neuer Mitglieder vor. Zudem wird es Informationen über aktuelle Projekte des DNR wie die Reform des Bundesberggesetzes, TTIP, die Dialogplattform Wald und die Forschungswende geben. [mbu]

► [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

Ökologische Gerechtigkeit**Innovative Wohn- und Lebensformen für die Zukunft**

■ Es gibt zahlreiche Gründe, weshalb es sinnvoll ist, sich mit sozial und ökologisch innovativen, gemeinschaftlichen Wohnformen und integrierten Nachbarschafts- und Quartiersstrukturen auseinanderzusetzen: Zum einen in ökologischer Hinsicht, um beispielsweise einer vermehrten Flächenversiegelung durch den anhaltenden Trend zum Einfamilienhaus entgegenzuwirken oder, um innovative Nahversorgungssysteme und intelligente Netzwerke für Tausch und Gemeinschaftsnutzung weiterzuentwickeln. Zum anderen, um in einer verstärkt individualisierten Welt mehr soziales Miteinander zu bewirken und dabei gegenseitige Unterstützung, Generationen-

austausch und mehr Lebensqualität zu befördern. Denn gute Umweltpolitik ist auch immer gute Sozialpolitik.

Gerade für die ganz junge und die ältere Generation können Neuentwürfe von Lebensstilen und Gemeinschaftskonzepten große Bedeutung erlangen. Für die Jugend sind dies die Lebensformen von morgen, in einer Gesellschaft, die geprägt ist von schwindendem Rückhalt durch familiäre Strukturen und eine zunehmend restriktive (Sozial-)Politik. Für die ältere Generation bieten sie die Chance, der zunehmenden Segregation der Generationen zu entfliehen und sich auch im Alter eine größtmögliche Autonomie zu bewahren.

Zu diesem spannenden Thema veranstaltet der Deutsche Naturschutzring am 11. Dezember einen generationenübergreifenden Workshop in der Alten Feuerwache in Berlin. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können sich dort über die aktuelle Situation und bereits existierende Projekte sowie über notwendige Rahmenbedingungen für die Verbesserung und Verbreitung bestehender innovativer Praxis austauschen. Zudem soll Raum sein für die Entwicklung von möglichen gemeinsamen Projekt- und Aktionsideen von Jung und Alt. Interessierte können sich bei unten stehender Adresse anmelden.

[Theresa Klostermeyer, red]

► DNR, Projekt Ökologische Gerechtigkeit, Theresa Klostermeyer, Tel. +49 (0)30 / 6781775-87, Fax -80, E-Mail: [theresa.klostermeyer@dnr.de](mailto:theresa.klostermeyer@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de), [www.nachhaltigkeits-check.de](http://www.nachhaltigkeits-check.de)

**Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV)**

Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg ist der vom Land Baden-Württemberg anerkannte Dachverband von 34 Umwelt- und Naturschutzvereinen mit über 540.000 Mitgliedern. Der LNV ist eine staatlich anerkannte Naturschutzorganisation und nimmt Stellung zu Planungen, die in Natur und Umwelt eingreifen. Als wacher und kritischer Begleiter von Politik und Verwaltung gibt er der Natur eine Stimme. Er prangert Missstände an, pocht auf die Einhaltung des Natur- und Umweltschutzrechts und mahnt mit konstruktiven Vorschlägen Verbesserungen an. Inhaltlich ist die Arbeit ausgerichtet an den Positionen zum Natur- und Umweltschutz, die 2013 von der Mitgliederversammlung verabschiedet wurden. Herzstück und Basis des LNV sind über 40 LNV-Arbeitskreise auf Stadt- und Landkreisebene, in denen aktive, ehrenamtliche NaturschützerInnen verbändeübergreifend zum Schutz von Natur- und Umwelt zusammenarbeiten.

Zu den großen Naturschutzfolgen des LNV zählt unter anderem die flächendeckende Einführung von Landschaftserhaltungsverbänden in allen Landkreisen Baden-Württembergs. Sie helfen entscheidend mit, das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 zu verwirklichen. [as]

► Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg, Christine Lorenz-Gräser, Stuttgart, Tel. +49 (0)711 / 248955-20, [info@lnv-bw.de](mailto:info@lnv-bw.de), [www.lnv-bw.de](http://www.lnv-bw.de)

**Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein**

Der Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein wurde 1975 gegründet. Als Dachverband der Natur- und Umweltschutzverbände in Schleswig-Holstein umfasst er 170.000 Mitglieder in 23 Organisationen. Der LNV Schleswig-Holstein setzt sich für den Schutz der wild lebenden Tiere und Pflanzen, ihrer Lebensgrundlagen und der Kulturlandschaft ein. Sein Hauptanliegen ist die Bündelung aller Kräfte im Natur- und Umweltschutz mit dem gemeinsamen Ziel, eine zukunftsfähige Politik für Nachhaltigkeit und Naturschutz zu betreiben. Dabei übernimmt der Verband

## AUS DEN VERBÄNDEN

Portraitserie**Mitglieder des DNR**

■ Die 96 Mitgliedsorganisationen des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

die Funktionen als Informationsdrehscheibe, Servicezentrale, Lobbyvertretung und Beratungszentrum. [jb]

- Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein (LNV), Burgstraße 4, 24103 Kiel, Tel. +49 (0)431 / 93027, E-Mail: info@lnv-sh.de, www.lnv-sh.de

### Michael Succow Stiftung zum Schutz der Natur

Mit dem Leitgedanken „Erhalten und Haushalten“ wurde die Michael Succow Stiftung 1999 als erste gemeinnützige Naturschutzstiftung bürgerlichen Rechts in den neuen Bundesländern vom Träger des Alternativen Nobelpreises (Right Livelihood Award) Michael Succow gegründet. Die Michael Succow Stiftung ist national und international aktiv. In den Transformationsländern des Ostens setzt sie sich für die Entwicklung und Sicherung von Nationalparks und Biosphärenreservaten ein. In Deutschland unterstützt sie die Ausweisung und Bewahrung des Nationalen Naturerbes. Inzwischen entwickelt die Stiftung 13 Naturschutz- und Wildnisgebiete. Ein ehrenamtlicher Stiftungsrat und viele ehrenamtliche Helfer unterstützen die Stiftung. Diese kooperiert mit dem Institut für Botanik und Landschaftsökologie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald und anderen nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen, wie dem Nationalen Institut für Wüsten, Flora und Fauna in Ashgabat, Turkmenistan. [as]

- Michael Succow Stiftung zum Schutz der Natur, Sebastian Schmidt, Greifswald, Tel. +49 (0)3834 / 83542-0, E-Mail: info@succow-stiftung.de, www.succow-stiftung.de

### Jubiläum europäisch

## Das EEB feiert 40. Geburtstag: EU-Umweltschutz gestärkt

■ Seit den 1970er-Jahren hat die EU – damals noch EWG – verstärkt zum Umweltschutz gearbeitet und die Umweltverbände wollten eine Organisation in Brüssel, die ihre Ansichten und Forderungen vertreten.

1974 hat dann eine Gruppe von 25 Umweltorganisationen die Gründung des Europäischen Umweltbüros (EEB) beschlossen, das in den 40 Jahren seiner Existenz zu einem starken europäischen Dachverband mit über 140 Mitgliedsorganisationen herangewachsen ist, der zu allen für die Umwelt relevanten Themen Stellung nimmt und sich aktiv einmischt. Durch die gute Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedern und den auf Fakten basierenden Forderungen hat das EEB es geschafft, ein anerkannter, respektierter Partner im Umweltbereich zu werden und viele Umweltgesetze und -programme entscheidend mitzugestalten. Außerdem hat das EEB sich immer dafür eingesetzt, die Rahmenbedingungen für Umweltschutz, Bürgerinnen und Bürger – und damit auch für die NGO-Beteiligung zu verbessern. Es hat sich beispielsweise maßgeblich bei der Vorbereitung der Änderungen der EU-Verträge eingebracht.

Die EEB-Mitglieder können stolz darauf sein, was sie mit ihrem Dachverband in den 40 Jahren bewirkt haben, auch wenn die Ergebnisse manchmal weit hinter dem zurückgeblieben sind, was sie sich für guten Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung als Ziel gesetzt hatten. Die Mitglieder werden sich auch in den nächsten 40 Jahren für besseren Umweltschutz und damit eine bessere Lebensqualität einsetzen.

Der Deutsche Naturschutzring ist und war im Vorstand des EEB vertreten. Am längsten wirkte der Generalsekretär des DNR Helmut Röscheisen mit: von 1981 bis 2000. Ihm folgten Anja Köhne, Nika Greger, Markus Steigenberger und aktuell Bjela Vossen. Durch die EU-Koordination profitieren die deutschen Mitglieder des EEB von einer besseren Vernetzung. Mit 13 Vollmitgliedern und einem assoziierten Mitglied hat Deutschland die meisten EEB-Mitglieder.

Anlässlich des 40. Geburtstags veranstaltet das EEB vom 1.-2. Dezember eine Konferenz in Brüssel. Am 3. und 4. des Monats findet die Mitgliederversammlung statt.

[Regina Schneider, red]

- Europe at the crossroads – the challenge of environmental sustainability: www.eebconference.eu
- www.eeb.org

### Jubiläum national

## Ehrenamt war die Basis – 60 Jahre VDST

■ Mitte Oktober hat der Verband Deutscher Sporttaucher (VDST) in Düsseldorf seinen 60. Geburtstag gefeiert. 1954 fand dort die erste VDST-Bundestagung mit 13 Gründungsvereinen statt. Am Festakt nahmen Vorstandsmitglieder, einige Altpräsidenten und Ehrenmitglieder, zahlreiche Vertreter der Landestauchsportverbände sowie Athleten und Freunde des VDST teil. Als Ehrengäste waren unter anderem die Präsidentin des Welttauchsportverbandes Confédération Mondiale des Activités Subaquatiques (CMAS) Anna Arzhanova, der CMAS-Generalsekretär Hassan Bacouche, Gisela Hinnemann vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und langjährige Partner des Verbandes anwesend.

„Von Beginn an basiert der VDST auf einem außergewöhnlichen ehrenamtlichen Engagement seiner Mitglieder, die ihre Zeit opfern und sich kontinuierlich für unsere Ziele einsetzen“, sagte Franz Brümmer, selbst seit vielen Jahrzehnten ehrenamtlich für den Umweltbereich im VDST tätig und seit 2003 VDST-Präsident. [mbu]

- Verband Deutscher Sporttaucher (VDST), Offenbach, Tel. +49 (0)69 / 981902-12, Fax -98, E-Mail: presse@vdst.de, www.vdst.de

### PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

### Deutscher Umweltpreis

## DNR-Ehrenpräsident Hubert Weinzierl ausgezeichnet

■ Der Ökonom und Energieeffizienzexperte Peter Hennicke, der Unternehmer Gunther Krieg und der Natur- und Umweltschützer Hubert Weinzierl haben den diesjährigen Deutschen Umweltpreis erhalten. Das gab die Bundesstiftung Um-

welt (DBU) im Oktober bekannt. Bundespräsident Joachim Gauck überreichte den drei Pionieren des Naturschutzes den mit insgesamt 500.000 Euro höchstdotierten Umweltpreis Ende Oktober in Kassel.

Hennicke sei einer der profiliertesten und hartnäckigsten Wegbereiter der Energiewende, begründete der Generalsekretär der DBU Heinrich Bottermann die Wahl der Jury. Der Wissenschaftler war nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl maßgeblich an der Entwicklung eines Ausstiegsszenarios aus der Atomkraft beteiligt. Von 2000 bis 2008 leitete er das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie.

Der Firmengründer Krieg habe „Meilensteine im produktionsintegrierten Umweltschutz“ gesetzt, sagte Bottermann. So würden Kunststoffe besser wiederverwertet oder Chemikalien in Druckereien exakter dosiert.

Der Ehrenpräsident des DNR und Ehrenvorsitzende des BUND Hubert Weinzierl wurde für sein Lebenswerk ausgezeichnet. „Weinzierl ist ein Visionär und Vordenker. Er ist nicht eine, er ist die tragende Persönlichkeit des Naturschutzes in Deutschland“, würdigte Bottermann den studierten Forstwirt und Nachhaltigkeitsexperten. Weinzierl habe dazu beigetragen, dass der Naturschutz von einer Nische ins Zentrum der Gesellschaft gerückt sei. [mbu]

► [www.dbu.de/343.html](http://www.dbu.de/343.html)

## 10. Deutscher Tierschutzpreis

### Auszeichnungen für Katzen-Vogel- und Bienenschützer

■ Zum zehnten Mal ist Mitte Oktober in Berlin der Deutsche Tierschutzpreis verliehen worden. Zusammen mit den Tierfutterherstellern Pedigree, Whiskas und der Zeitschrift Funk Uhr hat der Deutsche Tierschutzbund vier besonders aktive Tiereschützer ausgezeichnet.

Den ersten Preis erhielt Sonja Lindemann vom Verein „Aktive Tierfreunde“ aus Niedersachsen für ihr Katzenschutzprojekt. Sie hilft beim Einfangen und Kastrieren von Katzen und informiert über die Notwendigkeit der Kastration freilebender Katzen. Den zweiten Platz belegte Thorsten Kestner aus Nordrhein-Westfalen vom Verein „Paasmühle“. Er wurde geehrt für seine Wildvogelauffangstation. Dort werden Vögel versorgt und wieder ausgewildert. Außerdem bietet der Verein Bildungsangebote für Kinder und Weiterbildungen für Tierärzte, -pfleger und die Feuerwehr. Mit dem dritten Platz ist ein Honigbienenprojekt ausgezeichnet worden, das Kindern den Umgang mit Bienen beibringt.

Den Tierschutzpreis für das Lebenswerk hat die 85-jährige Marie-Luise Molkenkin aus Schleswig-Holstein bekommen.

Seit 44 Jahren engagiert sie sich für den Tierschutz und fordert insbesondere als Mitglied der „Aktion Kirche und Tiere“ (AKUT) eine eindeutige Positionierung der Kirche gegen Massentierhaltung.

In der Sonderkategorie Tierrettung sind die Tierschutzvereine Nürnberg-Fürth, Dingolfing-Landau, München und Pirna, das Tierheim Feucht und die Tierhilfe Nürnberg für ihre Arbeit gegen illegalen Welpenhandel ausgezeichnet worden. [as]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 6049624, E-Mail: [presse@tierschutzbund.de](mailto:presse@tierschutzbund.de), [www.tierschutzbund.de](http://www.tierschutzbund.de)

## BundesUmweltWettbewerb

### „Vom Wissen zum nachhaltigen Handeln“

■ Bis März 2015 läuft die Bewerbung für den 25. Bundesumweltwettbewerb, der vom Bundesforschungsministerium gefördert und von der Uni Kiel durchgeführt wird. Teilnehmerinnen und Teilnehmer zwischen 10 und 20 Jahren sind aufgerufen, Umweltthemen zu bearbeiten und Lösungsvorschläge einzureichen. [mbu]

► [www.bundesumweltwettbewerb.de](http://www.bundesumweltwettbewerb.de)

# Nachhaltigkeit

## A-Z



## E wie Evaluation

Das Interesse an Wildnis und am Erleben verwildernder Natur ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Dies bietet neue Chancen für die Bildungsarbeit. Erfahrene Wildnisbildungs- und Naturschutzexpertinnen und -experten schildern, wie das originäre Erleben verwildernder Natur mit Schlüsselthemen nachhaltiger Entwicklung bildungswirksam verknüpft werden kann. Dabei liegt ihr Fokus auf Praxisprojekten wie der »Waldscout - Wildnisexpedition« im Nationalpark Kellerwald-Edersee.

**B. Langenhorst, A. Lude, A. Bittner (Hrsg.)**  
**Wildnisbildung**  
**Neue Perspektiven für Großschutzgebiete**  
 292 Seiten, broschiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-490-6

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de) | [oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

## TERMINE

## NOVEMBER

25.10–15.11., Berlin (D)

**Longo mai – Die Utopie der Widerspenstigen.** Ausstellung

► Pro Longo mai, Tel. +41 (0)61 / 2620111, E-Mail: info@prolongomai.ch, www.prolongomai.ch

03.11., Berlin (D)

**Bioökonomie, (Trink-)Wasser und internationale Normung.** Seminar

► Grüne Liga, NABU, Tel. +49 (0)30 / 40393530, E-Mail: wasser@grueneliga.de, www.wrrl-info.de

3.–4.11., Lübeck (D)

**14. Kommunale Klimaschutz-Konferenz.** Konferenz

► Klima-Bündnis, Tel. +49 (0)69 / 7171390, E-Mail: europe@klimabuendnis.org, www.klimabuendnis.org/kokliko2014.html

12.11., Berlin (D)

**Vorfahrt Klimaschutz – Strategien für den Verkehr der Zukunft.** Tagung

► Öko-Institut, Romy Klupsch, Tel. +49 (0)761 / 45295224, E-Mail: r.klupsch@oeko.de, www.oeko.de/jahrestagung2014

15.11., Lüneburg (D)

**Cradle to Cradle.** Kongress

► Cradle to Cradle e.V., Tel. +49 (0)30 / 351824201, E-Mail: info@c2c-kongress.de, www.c2c-kongress.de

18.11., Berlin (D)

**Green Economy.** Tagung

► Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, E-Mail: green-economy@fona.de, www.fona.de/green-economy

20.–21.11., Berlin (D)

**Berliner Abfallrechtstage.** Konferenz

► Lexxion Verlag, Melanie Usche, Tel. +49 (0)30 / 8145060, E-Mail: usche@lexxion.de, www.kurzlink.de/lexxionabfall

26.–27.11., Tutzing (D)

**Erfolgreich die große Transformation anstoßen.** Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, E-Mail: programm@ev-akademie-tutzing.de,

www.ev-akademie-tutzing.de/programm

27.–28.11., Düsseldorf (D)

**7. Deutscher Nachhaltigkeitstag.** Kongress

► Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis, Tel.: +49 (0)211 / 55045510, E-Mail: buero@nachhaltigkeitspreis.de, www.nachhaltigkeitspreis.de

27.–28.11.2014, Tutzing (D)

**Transformativ. Kreativ. Unterwegs. Tutzinger Transformations Lab.** Workshop

► Evangelische Akademie Tutzing, E-Mail: programm@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de/programm

29.11., Berlin (D)

**Mitgliederversammlung des Deutschen Naturschutzrings 2014.** Tagung

► DNR, Helga Inden-Heinrich, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de/termine/termine-des-dnr/index.html

## DEZEMBER

01.–03.12., Brüssel (BEL)

**40. Geburtstag und Jahresvollversammlung des EEB.** Konferenz

► Europäisches Umweltbüro, Emma Ernsth, Tel. +32 (0)2 / 7908810, E-Mail: emma.ernsth@eeb.org, www.eeb.org

02.–03.12, Brüssel (BEL)

**9. European Bioplastics Konferenz.** Konferenz

► European Bioplastics, Tel. +49 (0)30 / 28482356, E-Mail: presse@european-bioplastics.org, www.en.european-bioplastics.org/conference

04.12., Geisenheim (D)

**15. kommunale Baumpflegetagung.** Tagung

► Hochschule Geisenheim, Anne Grimmich, Tel. +49 (0)6722 / 502725, E-Mail: weiterbildung@hs-gm.de, www.hs-geisenheim.de/giw

11.12., Berlin (D)

**Jung und Alt für generationengerechte Quartiere und sozial-ökologisch innovative Wohn- und Lebensformen.** Workshop

► DNR, Theresa Klostermeyer, Tel. +49(0)30 / 678177587, E-Mail: theresa.klostermeyer@dnr.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

## Impressum

umwelt aktuell November 2014  
ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hih] (verantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Marion Drewski [md], Eric Janáček [ej], Markus Kutzker [mk], Stefanie Langkamp [sl], Lavinia Roveran [lr], Elena Schäggl [es]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Aylin Sprünken [as], Jurek Brzoska [jb], EU-Umweltbüro des Umweltschutzverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 33

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

**Schlusskorrektur:** Gottind Blechschmidt, Augsburg.

**Fotos:** DLR (Titel), **Grafik/DTP:** Marion Busch, Eric Janáček. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang

**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

**Anzeigen:** oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.





UN-Dekade mit Wirkung

## Die „Bonner Erklärung 2014“

Im September 2014 fand in Bonn die nationale Konferenz zum Abschluss der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ statt. In der gemeinsamen verabschiedeten „Bonner Erklärung 2014“ haben die rund 500 anwesenden Fachleute Bilanz gezogen und blicken auf das kommende Weltaktionsprogramm.

□ Die Konferenz „UN-Dekade mit Wirkung – 10 Jahre Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gemeinsam mit der Deutschen UNESCO-Kommission ausgerichtet. Die Veranstaltung bot den Teilnehmenden einen Überblick über die vielfältigen Aktivitäten, die im Rahmen der UN-Dekade in Deutschland stattgefunden haben. In Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Foren und Workshops analysierten die Fachleute die Ergebnisse der UN-Dekade und entwickelten Perspektiven für die Zeit ab 2015.

### Gestern und morgen

Der erste Konferenztag widmete sich vor allem dem Blick zurück. Die TeilnehmerInnen analysierten, welche Bedingungen zum Erfolg der UN-Dekade beigetragen haben und welche Hindernisse wie überwunden wurden. Sie stellten fest, dass BNE in Deutschland kein Nischenkonzept mehr ist. Die Initiativen, die von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in den zehn Jahren der UN-Dekade angestoßen wurden, haben diese Entwicklung maßgeblich bewirkt.

Der zweite Konferenztag in Bonn war dem Blick voraus auf das kommende Weltaktionsprogramm BNE und dem von der UNESCO entwickelten Zielkatalog gewidmet. In den Workshops setzten sich die Teilnehmenden mit den relevanten Aktionsfeldern für die nächsten fünf Jahre auseinander. Sie kamen einhellig zu dem Ergebnis, dass für alle Bildungsbereiche, Institutionen und involvierten Behörden und Ministerien die dringende Notwendigkeit bestehe, mit BNE den Schritt vom Projekt zur Struktur zu schaffen.

### Gemeinsam zur Struktur

Die auf der Konferenz anwesenden Fachleute wollen selbst weiter daran mitarbeiten. In der im Konsens verabschiedeten Bonner Erklärung 2014 versprechen sie: „Wir werden uns in den fünf Jahren des Weltaktionsprogramms gemeinsam entschieden für dessen Ziele in Deutschland einsetzen.“ Die Erklärung ist in einem partizipativen Prozess entstanden, in dem zunächst der Fachliche Beirat der Abschlusskonferenz und das Nationalkomitee der UN-Dekade einen Entwurf diskutierten. Im Vorfeld der Konferenz konnte dieser online von den Teilnehmenden kommentiert werden. Auch während der Veranstaltung selbst nahm ein Redaktionsteam aus VertreterInnen der Ministerien, Länder und der Zivilgesellschaft Änderungsvorschläge entgegen. So konnten die Meinungen aller Akteure und Diskussionsergebnisse der Konferenz in das nationale Abschlussdokument einfließen.

### DIE BONNER ERKLÄRUNG 2014

Die Erklärung nennt Erfolge und Herausforderungen der Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Über das Ende der UN-Dekade hinaus solle die politische Unterstützung fortgesetzt und wo immer möglich verstärkt werden, heißt es in der Erklärung. Besondere Aufmerksamkeit erfordere die BNE-relevante Qualifizierung von pädagogischen Fach- und Lehrkräften in allen Bildungsbereichen. Zudem sollen Kinder und Jugendliche bei der Umsetzung des Weltaktionsprogramms künftig mehr Mitsprache in nationalen Gremien und Foren erhalten. Sie sollen ermutigt werden, eigeninitiativ

Verantwortung für BNE zu übernehmen. Bildungseinrichtungen werden aufgefordert, ein deutlich erkennbares Nachhaltigkeitsprofil zu entwickeln - als Einrichtungen, die zu Nachhaltigkeit anregen, aber auch selbst so handeln. Eine angemessene Förderung wird für lokale und regionale Verbände eingefordert, in denen Kommunen, Bildungseinrichtungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft kooperieren.

### Hochrangige Unterstützung zugesagt

Zum Auftakt des zweiten Konferenztages hielt Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung, eine Grundsatzrede zu BNE. Sie dankte darin den Dekade-Akteuren für ihren Einsatz während der vergangenen zehn Jahre. Vieles sei erreicht worden, stellte die Ministerin fest, es bleibe aber noch sehr viel zu tun. Die Bonner Konferenz müsse der Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung von BNE in den nächsten Jahren sein. Die Bundesregierung wolle ihr Engagement für BNE fortsetzen und intensivieren. Weitere hochrangige RednerInnen auf der Konferenz waren unter anderem Cornelia Quennet-Thielen, Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Maria Böhmer, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Sylvia Löhrmann, Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Walter Hirche, Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission, und Gerhard de Haan, Vorsitzender des deutschen Nationalkomitees der UN-Dekade.

### Von Bonn nach Nagoya

Diverse internationale GastreferentInnen ermöglichten den Blick über die Grenzen Deutschlands hinaus. Zum Abschluss der Konferenz diskutierten Shigeharu Kato, Generalsekretär der japanischen UNESCO-

Kommission, Alexander Leicht, Leiter der Sektion BNE der UNESCO, und Charles Hopkins, UNESCO Chair Education for Sustainable Development, York University in Kanada, über Zustand und Zukunft der BNE auf globaler Ebene. Sie schlugen die Brücke nach Nagoya und gewährten den Teilnehmern der Bonner Konferenz einen Einblick in die Planungen für die UNESCO-Weltkonferenz BNE im November 2014. Dort werden rund 1.000 Fachleute

aus aller Welt über das Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ diskutieren und den Rahmen für die Folgeaktivitäten zur UN-Dekade stecken. In Deutschland sind die Weichen für diese Folgeaktivitäten gestellt. Die in zehn Jahren aktivem Engagement für das Bildungskonzept gewachsenen Netzwerke werden sich über das Ende der UN-Dekade bewähren und bieten das Fundament für die Umsetzung des Weltaktionsprogramms. Die

Ergebnisse der Abschlusskonferenz und die Bonner Erklärung 2014 dienen als richtungsweisender Rahmen dafür und lassen alle beteiligten Akteure positiv in die Zukunft blicken.

**Bianca Bilgram**  
Deutsche UNESCO-Kommission

- ▷ [www.unesco.de](http://www.unesco.de)
- ▷ [www.bne-portal.de](http://www.bne-portal.de)

## BLICKPUNKT I

### Jugend und die Dekade BNE – Deklarationen haben immer hehre Ziele!

Die UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung hat das Ziel, dass die UN-Mitgliedstaaten das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in allen Bereichen der Bildung verankern. Aber können wir hier alle Menschen im Blick haben und erreichen?

Thomas K. hat die Schule und auch die Ausbildung mehr schlecht als recht geschafft. Er ist glücklich, dass er in seinem gelernten Handwerk als Schreiner/Tischler arbeiten kann; nach seinem Willen soll sich bis ins Rentenalter daran nichts ändern. Er ist stolz, dass Fachkräfte wie er gebraucht werden, weil die Menschen sonst keine Möbel hätten. „Bildung“ ist nicht sein Ding.

#### Bildung zu den Menschen bringen

Es gibt viele Menschen wie Thomas K., junge und ältere Menschen, die mit dem traditionellen Bildungsangebot nichts anfangen können, niemals einen Kurs bei der Volkshochschule oder einer Umweltstation besuchen würden. Das Thema Umweltbildung/Bildung für nachhaltige Entwicklung ist sehr akademisch belegt, es betrifft aber alle Personengruppen und wir können uns es eigentlich nicht leisten, einen (nicht unerheblich großen) Teil nicht zu erreichen. Wir müssen auch die erreichen, die sich in der traditionellen Bildungslandschaft nicht wohlfühlen. Auch diese Menschen konsumieren und wählen.

Es stellt sich schnell die Frage, wie denn diese „schwierige“ Zielgruppe angesprochen werden kann, wenn sie nicht von sich aus den Weg zu Bildungsangeboten findet. Die optimale Berufssparte, die mit diesen Menschen Kontakt hat, sind die MitarbeiterInnen in der sozialen Arbeit. Sind es Schwierigkeiten in der Schule, Probleme beim Einstieg ins Berufsleben. Fachkräfte der sozialen Arbeit sind nahe an den Menschen.

Es ist Zeit, dass sich die BNE noch mehr als bisher auf den Weg macht zu diesen Menschen, insbesondere zu den jungen.

#### Nachhaltige Jugendsozialarbeit

Ein erfolgreiches Beispiel dafür ist das Projekt „Umweltbildung/Bildung zur Nachhaltigkeit in der Jugendsozialarbeit“ in Bayern. Mit finanziellen Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz werden Mikroprojekte gefördert, die Jugendsozialarbeit und Nachhaltigkeitsbildung gemeinsam durchführen. Begleitet, vernetzt und beraten werden die Fachkräfte von einer Projektstelle bei der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Bayern.

Die Nachhaltigkeitsbildung erreicht mit den Mikroprojekten eine bisher nicht ausreichend präsente Zielgruppe.

Die jungen Menschen lernen in der praktischen Arbeit mit Umweltthemen wie Amphibienschutzaktionen oder Upcycling neue Freizeitmöglichkeiten kennen, überdenken ihre Konsummuster und beschäftigen sich intensiv und nachhaltig mit Umweltthemen in ihrer direkten Umgebung. Wichtige Prinzipien in diesen Projekten sind möglichst hohe Partizipation der Teilnehmenden, Handlungsorientierung und Aktivität in der Lebenswelt der Teilnehmenden.

#### Profit für alle

Die soziale Arbeit und ihre Mitarbeitenden profitieren ebenfalls von diesem Projektansatz. Sie bekommt eine neue Methode an die Hand und lernt ihre „schwierige“ Zielgruppe auf einer anderen Ebene kennen. Sie alle wollen erreichen, dass diese jungen Menschen sich selbst eine Meinung bilden, kritisch und aufrecht werden. Die Arbeit in multiprofessionellen Teams wird als besonders wertvoll empfunden. Die Fachleute freut es vor allem, dass diese jungen Menschen ein außergewöhnliches Engagement an den Tag legen, wenn sie sich mit ihren eigenen Formaten mit Themen der Nachhaltigkeit auseinandersetzen dürfen.

Es wurden bereits Juniorlandschaftspfleger ausgebildet, Permakulturgärten angelegt, Biberburgen gebaut, Sinnespfade entwickelt, Quellen freigelegt, LandArt-Kunstwerke hergestellt, Insektenhotels gebaut, Fledermäuse beobachtet, Walderlebnisse genossen, T-Shirts upgecycelt, Fahrräder repariert, kreativ gekocht, Flächen draußen gestaltet, Weidenbühnen errichtet, Streuobstpfade wiederbelebt, Mittelalterkräutergärten angelegt, Bienen beobachtet und unterstützt und vieles andere mehr.

Man sieht, Bildung für nachhaltige Entwicklung ist für alle Menschen möglich, eventuell aber nicht auf dem direkten und traditionellen Bildungsweg zu erreichen.

**Sonja Gaja**  
Umweltbildung/  
Bildung zur Nachhaltigkeit in der Jugendsozialarbeit

- ▷ [www.lagjsa-bayern.de/nachhaltigkeitsprojekt](http://www.lagjsa-bayern.de/nachhaltigkeitsprojekt)

## BLICKPUNKT II

**Change Agents auf BNE-Konferenz – Gelingbedingungen für BNE aus Sicht der Jugend**

**Die Alumni des internationalen Jugendfreiwilligendienstes „kulturweit“ der Deutschen UNESCO-Kommission gestalteten einen Workshop auf der Abschlusskonferenz der UN-Dekade. Gemeinsam mit ihren Gästen diskutierten sie Ideen, um BNE im Alltag von Jugendlichen zu verankern.**

Die „Bonner Erklärung 2014“ ruft dazu auf, die Bemühungen um eine BNE auch nach Dekade-Ende voranzutreiben. Sie misst jungen Menschen dabei eine zentrale Rolle zu.

Alumni des Freiwilligendienstes „kulturweit“ verhandelten im Workshop „Gelingbedingungen für BNE aus Sicht der Jugend“ gemeinsam mit 20 Gästen Strategien für eine bessere Anbindung junger Menschen an Nachhaltigkeitsfragen. Anhand der Themenkomplexe Medien und Bildung, Konsum, Freiwilligendienste und Zivilgesellschaft diskutierten die Teilnehmenden, wie eine BNE im Alltag von Jugendlichen verankert werden kann.

Die Ergebnisse des Workshops sind vielschichtig. So forderten die Teilnehmenden unter anderem, Schulen künftig als Lernorte zu gestalten, in denen lebensnahes Wissen vermittelt und partizipativ erworben wird. Dazu gehört auch ein Bewusstsein für Produktionsbedingungen und -prozesse der uns umgebenden Konsumwelt. Zudem bietet ein derartiges Verständnis von Schule die Chance, Eltern über ihre Kinder an Themen der BNE heranzuführen und das Prinzip des lebenslangen Lernens zu stärken. Darüber hinaus, so machte der Workshop deutlich, werden Strukturen gebraucht, die zur besseren Vereinbarkeit von Ausbildung und ehrenamtlichem Engagement beitragen.

**Engagement-Transfer ermöglichen**

Für die Workshopteilnehmer kann ein „Engagement-Transfer“ eine solche Möglichkeit bieten: So ist beispielsweise die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten in Form von Leistungspunkten an Hochschulen denkbar. Auch sollten verstärkt Strukturen in den Blick genommen werden, die heute noch nicht im Fokus der BNE stünden. Sportvereine oder Jugendtreffs etwa, die ohnehin bereits über einen hohen Organisations- und Einbindungsgrad verfügen, sind hervorragende Multiplikatoren für Nachhaltigkeitsthemen. Hier könnten BNE-Themen eingespielt und Menschen sensibilisiert werden, ohne dass dafür ein primäres Interesse bestehen muss. Besonders wichtig ist dabei, durch gezielte Impulse Interesse für BNE zu wecken und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. So könnten Jugendliche befähigt werden, untereinander in Sachen Nachhaltigkeit zu vermitteln.

In anderen Bereichen ist eine solche Anbindung schon heute gewährleistet: Insbesondere geregelte Freiwilligendienste nehmen dabei eine Vorreiterrolle ein. Ihre Struktur bietet beste Voraussetzungen für eine gelebte BNE. Die Bildung von Freiwilligen in Themen nachhaltiger Entwicklung und ihre Teilhabe an deren Ausgestaltung ist gesetzlich verankert – im internationalen FSJ ebenso wie bei einem Freiwilligen Ökologischen Jahr in Deutschland. Auch wenn Seminarinhalte nicht ausdrücklich als BNE gekennzeichnet sind, bewegen sie sich doch immer im Dreieck von ökologisch, ökonomisch und sozial verantwortlichem Handeln.

**Vernetztes Handeln**

Für die Zukunft ist hier eine stärkere Vernetzung der Träger notwendig. Durch pro-

grammübergreifende Kooperationen könnten Erfahrungen ausgetauscht, Positivbeispiele kommuniziert und gemeinsam Leitfäden für die inhaltliche und institutionelle Umsetzung von BNE erarbeitet werden.

Neben der gesteigerten Durchlässigkeit von Informationen sollte aber auch eine höhere gesellschaftliche Durchlässigkeit von Freiwilligendiensten angestrebt werden, kamen die Teilnehmenden überein. Menschen sollten ungeachtet ihrer Herkunft Zugang zu Nachhaltigkeitsthemen haben, wozu auch die Möglichkeit zu einem Freiwilligendienst in Deutschland gehöre. Eine solche Entwicklung böte zudem allen Beteiligten die Chance, den eigenen Entwicklungs- und Bildungsbegriff kritisch zu hinterfragen.

**Jugendliche als zentrale Akteure der BNE**

In den kommenden fünf Jahren schließt das Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ an die UN-Dekade an. Der von der UNESCO entwickelte Zielkatalog sieht junge Menschen als „Change Agents“, die Bildungsprozesse in besonderem Maße vorantreiben und verändern. Auch die Bonner Erklärung 2014 sieht Jugendliche als wichtige Akteure bei der Umsetzung des Aktionsprogramms. Sie sollten künftig mehr Mitsprache in nationalen Gremien und Foren erhalten und ermutigt werden, eigeninitiativ Verantwortung für BNE zu übernehmen. Dazu gehört nach Auffassung der KonferenzteilnehmerInnen auch die Hoheit über das Budget ihrer Projekte.

**Netzwerke bilden**

Seit 2013 bildet „kulturweit“ in Kooperation mit dem Dekade-Sekretariat der deutschen UNESCO-Kommission engagierte Alumni zu BNE-Teamerinnen und -Teamern aus. Die ehemaligen Freiwilligen werden gemäß dem Drei-Säulen-Modell der BNE nicht nur darin befähigt, Inhalte an andere weiterzugeben, sondern auch Kooperationen mit anderen Organisationen einzugehen. Bis heute wurden 20 Alumni darin geschult, Themen der BNE selbstständig zu vermitteln.

Der internationale Freiwilligendienst »kulturweit« ist ein Projekt der deutschen UNESCO-Kommission und wird in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt durchgeführt. Einsatzstellen befinden sich in deutschen Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie in zahlreichen UNESCO-Nationalkommissionen weltweit. Seit 2009 haben über 1.900 junge Menschen ein Freiwilliges Soziales Jahr im Ausland mit „kulturweit“ absolviert.

Peter Martin

Deutsche UNESCO-Kommission,  
Freiwilligendienst „kulturweit“

▷ [www.kulturweit.de](http://www.kulturweit.de)

## ZUM THEMA

ANU Bund und Länder

### Engagement bei der Bonner Erklärung

□ Bei der Tagung „UN-Dekade mit Wirkung – 10 Jahre Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ war auch die ANU mit mehreren Beiträgen vertreten.

Im Plenum wurde ANU-Vorsitzende Annette Dieckmann von Prof. de Haan nach zukünftigen Aufgaben in der BNE befragt. Sie betonte die Notwendigkeit von Ressourcen für eine bessere strukturelle Verankerung von BNE. Denn zu viele gute Modellprojekte versanden nach Ende der Projektlaufzeit, weil die Arbeitsplätze der Mitarbeitenden nicht langfristig gesichert wurden. An die Projekterfahrungen können Interessierte oft nicht mehr anknüpfen. Daneben lag es Annette Dieckmann am Herzen, die globale Dimension der Umweltbildung noch mehr in den Fokus zu rücken. Die Zusammenarbeit mit den KollegInnen aus dem Bereich des Globalen Lernens, die in den Jahren der BNE-Dekade sehr erfolgreich verlief, soll fortgeführt und intensiviert werden.

Als weitere wichtige Anregung sprach sie das Thema Natur und Glück in der BNE an. Naturerleben liegt derzeit im Trend; die Sehnsucht nach Natur und nach Wildnis und dem Glück, das sie verkörpert, verspüren viele Menschen. Für BNE-MultiplikatorInnen bietet dies wertvolle Anknüpfungspunkte. Wie genau aus Naturerleben politische Bildung wird, sollte noch besser herausgearbeitet werden. Annette Dieckmann wurde im Verlauf der Tagung von Gerd de Haan für die zehnjährige Tätigkeit in Nationalkomitee und Jury geehrt, in der über mehr als 3000 Anträge auf Auszeichnung von Projekten oder Kommunen entschieden wurde. Als ANU-VertreterInnen aus den Landesvorständen wirkten unter anderem Marion Loewenfeld, Hans-Martin-Kochanek, Caroline Fischer, Birgitt Fitschen, Michael Schlecht sowie Jennifer Gatzke als Koordinatorin der „Hessischen Bildungsinitiative Nachhaltigkeit“ der ANU Hessen mit. Sie alle leiteten Workshops oder

gaben Impulsbeiträge aus ihrer Praxis.

Annette Dieckmann vertrat die Zivilgesellschaft im Redaktionsausschuss der Bonner Erklärung, der unter Leitung von Hr. Möller von der Deutschen UNESCO-Kommission noch bis kurz vor Schluss über 100 Änderungsvorschläge zum Text annahm und bearbeitete. Die ANU half auf diesem Weg mit, den Entwurf der Bonner Erklärung noch um viele substantielle Aussagen zu bereichern.

- ▷ [www.bne-portal.de](http://www.bne-portal.de)
- ▷ [www.kurzlink.de/Bonnererklarung](http://www.kurzlink.de/Bonnererklarung)

## AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Hamburg

### Jubiläumstagung zum Naturerleben

□ Der ANU Landesverband Hamburg e.V. feiert in diesem Jahr sein 20-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass fand am 5. September eine Fachtagung unter dem Titel „Natur:Erleben für unsere Zukunft“ statt. Etwa 60 Teilnehmende folgten der Einladung auf das Gut Karlshöhe und konnten sich bei Vorträgen, einer Podiumsdiskussion und Praxisworkshops damit auseinandersetzen, welche Bedeutung Naturerleben heute hat. Die Dokumentation der Tagung ist bereits auf der Homepage der ANU Hamburg zu finden.

- ▷ [www.anu-hamburg.de](http://www.anu-hamburg.de)

## WISSENSWERT

Aktionsheft für SchülerInnen

### Werde Aktivist\*in

□ Wie findet man die richtige Idee? Welcher Aktionstyp bin ich? Wie gewinnt man MitstreiterInnen? Wie plant man eine Aktion? Wo gibt es Förderung? Auf 44 Seiten bietet das Aktionsheft Tipps, Tricks, Checklisten und erste Ideen für SchülerInnen, die sich in Schule und Freizeit für eine gerechtere Zukunft einsetzen wollen. Das Eine Welt Netz

NRW und die BUNDjugend NRW haben das informative und ansprechend gestaltete Heft im Rahmen des Kooperationsprojekts „Einfach ganz ANDERS – Ganztagschulen für mehr Nachhaltigkeit“ entwickelt.

Das Heft kann kostenlos als pdf heruntergeladen werden.

- ▷ [www.kurzlink.de/Aktionsheft](http://www.kurzlink.de/Aktionsheft)

## UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de). Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

12.11.14, München. Tagung

### Werte, die die Welt verändern

Wie fördert Kinder- und Jugendarbeit die Transformation in Richtung Nachhaltigkeit? Impulsvorträge, Input und Workshops über die vielfältigen Herangehensweisen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Transformation.

- ▷ [www.kurzlink.de/Werteveraendern](http://www.kurzlink.de/Werteveraendern)

13.-14.11.14, Bad Alexandersbad. Tagung.

### Bürgerbeteiligung und Lernkultur: Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume

Theoretische Grundlagen und anregende Beispiele gelungenen Wandels durch ein verändertes Bildungsverständnis und demokratische Modelle des Zusammenlebens werden vorgestellt.

- ▷ [www.oeko-akademie.de](http://www.oeko-akademie.de)

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber

**ANU**  
Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner (verantw.), [oeokopaednews@anu.de](mailto:oeokopaednews@anu.de);  
ANU-Bundesverband e.V.,  
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,  
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,  
[bundesverband@anu.de](mailto:bundesverband@anu.de),  
[www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)